

Die Bergbau-Industrie

Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Bezugspreis durch Boten vierteljährl. 3 M., durch die Post 3,60 M. Einzelnummern 50 Pf. ♦ Anzeigenannahme: Inzeraten-Union, GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. ♦ Preis für die 25 mm breite Millimeterzeile 40 Pf. Plakavorchriften ausgeschlossen. ♦ Postk.-Konto Hannover Nr. 576 13. ♦ Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten u. Beamten, Filiale Bochum, Bismarckstr. 46. ♦ Tel.-Nr. 608 21. ♦ Telegr.-Adr.: Allverband Bochum.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Eine neue Reichstagswahl steht bevor. Der 14. September 1930 wird entscheidend sein für das Schicksal der deutschen Arbeiterklasse.

Die Notverordnungen, die von der Reichsregierung unter Mißbrauch des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen worden sind, reden eine deutliche Sprache. Schonung des Besitzes und schonungslose Belastung der geringen Einkommen, rücksichtslose Abwälzung aller Lasten auf die Schichten des Volkes, die ohnedies durch die furchtbare Arbeitslosigkeit das schwerste Notopfer auf sich zu nehmen haben!

Löhne und Kaufkraft der breiten Massen werden gesenkt. Die soziale Versicherung wird verschlechtert, Arbeitslose und Kranke werden noch größerem Elend preisgegeben. Die sozialen Grundrechte des neuen Staates werden zerschlagen. Der Einfluß der Arbeiterschaft in der Führung des Staates wird planmäßig ausgeschaltet.

In dieser Situation, in der sich auf allen Gebieten der Sozial- und Wirtschaftspolitik der Einfluß des reaktionären Unternehmertums im Parlament immer stärker durchzusetzen droht, gibt es für die Gesamtheit der deutschen Arbeitnehmer nur eine Partei, die sie mit dem Einsatz ihrer ganzen Kraft zu unterstützen hat: die Sozialdemokratie.

Nur die Sozialdemokratie hat das im neuen Staat geschaffene soziale Recht im Bunde mit den Gewerkschaften verteidigt. Sie hat den Kampf führen müssen gegen die geschworenen Feinde des neuen Deutschlands auf der äußersten Rechten und Linken, aber auch gegen jene Parteien, die auf dem Boden der Weimarer Verfassung zu stehen vorgeben. Sie mußte ihn auch führen gegen manche Arbeitervertreter in den bürgerlichen Parteien, die die Lebensinteressen der Arbeiterschaft in den sozialpolitischen Kämpfen der letzten Vergangenheit widerstandslos preisgegeben haben. Sie steht im Kampf auch gegen alle die radikalen Parteien, die eine hemmungslose Agitation gegen die freien Gewerkschaften führen und ebenso verantwortungslos wie verworren bald den bolschewistischen Sowjetstaat, bald das faschistische »Dritte Reich« versprechen.

In dem großen Ringen um den demokratischen Ausbau der deutschen Republik, um das wirtschaftliche und politische Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse, um die Ausgestaltung der Sozialversicherung und die Erweiterung des sozialen Schutzes stehen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften allein.

Die Reformvorschläge der Sozialdemokratie zur Finanzreform und Wirtschaftsbelebung, deren Grundgedanken die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheit und die unbedingte Aufrechterhaltung der sozialen Verpflichtungen des Reiches waren, sind von der Reichsregierung in den Wind geschlagen worden, weil die gegenwärtige Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien kein anderes Ziel vor Augen sehen, als eine rein bürgerliche Mehrheit gegen die Sozialdemokratie, gegen die Gewerkschaften, gegen die Arbeiterschaft.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Die Entscheidung liegt in euren Händen! Der Kampf geht um eure Zukunft!

Eure Parole muß sein:

Gegen die liberal-konservative Einheitsfront der sozialen Reaktion!

Gegen die leeren Phrasen der Kommunisten und Nationalsozialisten!

Alle Stimmen der deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Berlin, den 16. August 1930.

Vorstand und Ausschuss
des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Warum für die Sozialdemokratie?

Ihrer langjährigen Rolle getreu, Lafaien der Sozialdemokratie zu sein, versuchen die freien Gewerkschaften, für den 14. September die Arbeiter für die alleinigmachende Arbeiterpartei mobil zu machen." Diese Ausdrucksweise in der Zentrums Presse von Herrn Dr. van den Boom, der als ernsthafter Gelehrter und Politiker angesehen zu werden beansprucht, zeigt schon, was die freien Gewerkschaften im Wahlkampf von den Gegnern zu erwarten haben. Lafai heißt Diener. Das Wort hat aber im deutschen Sprachgebrauch einen verächtlichen Unterton, unter Lafai kann man sich keinen Diener vorstellen, der auf eigenen Willen, ja nur auf eigene Würde Anspruch machen kann. Lafai heißt aus der das Wort stammt, fraktierte man den Lafaien je nach Belieben mit Befehlen oder Fußtritten, sicher, daß der hündisch ergebene Kerl immer parierte und niemals aufmuckte. Man sieht, wie verächtlich und beleidigend der Zentrumsgelehrte im Wahlinteresse die freien Gewerkschaften einzuschämen beliebt.

Die parteipolitische Neutralität aller Gewerkschaften hatte immer gewisse, durch die Entwicklung bedingte Grenzen. An der Wiege der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften standen Freisinnige, an der der christlichen Gewerkschaften Geistliche und Zentrumsunternehmer wie der Textilfabrikant Wiefe. Die Gründer der freien Gewerkschaften waren fast ausnahmslos Sozialdemo-

kraten. Freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie verband von jeher

die Schicksalsgemeinschaft gemeinsamer Verfolgung und Unterdrückung

durch Unternehmertum und Staatsgewalt. Nach der Staatsumwälzung bekamen die Gewerkschaften eine andere Stellung in Staat und Wirtschaft als vor dem Krieg. Gemeinwirtschafts-gesetze, Reichswirtschaftsrat und Sozialpolitik ergaben die Notwendigkeit, daß die Gewerkschaften zu vielen Gesezen Stellung nehmen mußten, daß sie an ihrer Durchführung beteiligt wurden. Die staatliche Gesetzgebung griff durch Beeinflussung der Kaufkraft des Arbeiterlohnes immer mehr in das ureigene Interessengebiet der Gewerkschaften ein. Sie mußten sich mit politischen Fragen, mit Absichten und Aktionen der Gesetzgebung beschäftigen. Mehr als einmal nahmen die Spitzenorganisationen der freien, christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften gemeinsam Stellung zu gesetzgeberischen Fragen!

Es ist ganz selbstverständlich, daß die freien Gewerkschaften, deren Aufgabe es zwar nicht ist, von ihren Mitgliedern ein sogenanntes Parteibuch zu verlangen, doch nicht darauf verzichten können, in dem bedeutungsvollsten Wahlkampf seit der Staatsumwälzung Partei zu ergreifen.

Dieser Wahlkampf geht um die Lastenverteilung, um Steuerehrlichkeit und -gerechtigkeit!

Dieser Wahlkampf geht um vernünftige Wirtschaftspolitik, gegen verrückte agrarische, ausfuhrgefährdende Zollpolitik!

Dieser Wahlkampf geht um die Sicherung notwendiger und möglicher Sozialfürsorge, gegen Unternehmerattentate auf Lebenshaltung und Sozialversicherung!

Dieser Wahlkampf geht um Demokratie oder kapitalistische Diktatur, um Gemeinwirtschaft oder Monopolwirtschaft!

Dieser Wahlkampf geht um die Geltung der Arbeitnehmer-schaft in Staat und Wirtschaft und damit um die Grundlagen und die Ziele der Gewerkschaftsbewegung!

Latenloses Beiseitesteher der Gewerkschaften wäre Selbstmord. Für welche Partei sollen nun die freien Gewerkschaften eintreten? Für die R.P.D.? Das ist ein Ding der Unmöglichkeit, da diese Partei die erbitterteste Feindin der Gewerkschaften in ihrer für Deutschland notwendigen Form und Taktik ist. Für die Nazis? Sie sind nicht national, sondern nationalistisch, militäristisch, mordhehend! Sie sind nicht sozialistisch, sie haben überhaupt keine wirtschaftlich und sozial halbwegs vernünftig fundierte Grundlage. Sie sind am wenigsten eine Arbeiterpartei, denn sie sind Kostgänger der Unternehmer, leben vom Gelde der Mutzmann, Kuhlo und anderer Vertreter von Unternehmerorganisationen. Ein Prinz von Preußen, eine Menge altpreußischer Generale stehen an ihrer Spitze, der Scharfmacher Kirsdorf ist ihr erklärter Freund!

Alle anderen bürgerlichen Parteien haben sich unter dem Kabinett Brüning zusammengefunden zum Zoll-, Steuer- und Sozialraub gegen die Arbeitnehmer!

Wie gefährlich ein reaktionärer Reichstag für die Bergarbeiter wäre, zeigen zur Genüge die Unternehmerforderungen auf dem Gebiet der knappschäftlichen Kranken- und Pensionsversicherung. Hier fordern sie

Herabsetzung des Höchstgrundlohnes von 10 auf 8 M., Verlängerung der Karenzzeit zum Bezug von Krankengeld von drei auf fünf Tage,

Tragung der Kosten für Arznei und Heilmittel durch die Versicherten 30 statt 10 Prozent,

Abbau der Pensions- oder der Invalidenversicherung, damit für den Bergbau nur eine Rente in Frage komme,

Gewährung der Alterspension erst vom 55. statt vom 50 Jahre ab!

Wer garantiert dafür, daß ein neuer reaktionärer Reichstag diesen Scharfmacherwünschen nicht mehr oder weniger entgegenkommt? Der Gewertverein christlicher Bergarbeiter hat auf seiner Generalversammlung u. a. gefordert:

Keinen Lohnabbau, dafür Preisabbau,

Siebenstundenschicht, 40 Stunden je Woche, fünf Stunden vor heißen Betriebspunkten,

Förderung der Sozialversicherung,

größeren Bergarbeiterschutz,

praktische Gleichberechtigung im Volksstaat.

Das sind schöne, einwandfreie Forderungen! Aber wie paßt dazu die Politik des Kabinetts Brüning-Schiele?! Glaubt ein Mensch, daß diese Forderungen durchzusetzen sind, wenn das Zentrum an Schiele-Bestiar gebunden bleibt? Nein!

Es bleibt nur eine Partei, für welche die freien Gewerkschaften bei der Wahl eintreten können: die Sozialdemokratie! Die freien Gewerkschaften lehnen es ab, Hörige, Lafaien einer Partei zu sein! Die Schicksalsverbundenheit mit der Sozialdemokratie ist aber durch die Entwicklung der Dinge, durch die Politik des Bürgerblods gegeben. Die Ueberritte von Erkelenz, Pfarrer Lehmann und anderen bekannten Leuten zeigen, wie die Sozialreaktion auch in diesen Kreisen wirkt. Deshalb ist das Eintreten der freien Gewerkschaften für die Sozialdemokratie eine Selbstverständlichkeit. Aber es darf kein Lippenbekenntnis bleiben!

Die Millionen der Indifferenten müssen von jedem Kameraden Tag für Tag mit der Nase auf die Sünden des Bürgerblods gestoßen werden!

Um deine Sache, Arbeitsvolf, geht es! Um deine Sache, deine Existenz, deinen Schutz, Bergmann und Bergmansfrau! Deshalb: begeisterte Mitarbeit in unserem Sinn, daß den Sozialreaktionären Hören und Sehen verweigert! Arbeit und Stimmabgabe nur für die Sozialdemokratie!

Das Verbrechen an den Arbeitslosen!

Nachstehend bringen wir die auf Grund des Diktats der Reichsregierung bereits am 1. August in Kraft getretene Verschärfung der Arbeitslosenversicherung:

Beitragshöhe.

Der Beitrag steigt ab 1. August auf 4,5 Prozent des Lohnes. Begleitet wird dieses von erheblichen Verschlechterungen des Unterstühtungsbezuges.

Feststellen der Lohnklasse nach Lohnhöhe nach dem entrichteten Beitrag.

Zunächst ist nicht mehr, wie bisher, für die Feststellung der für die Unterstühtungshöhe maßgebenden Lohnklasse der tatsächliche Arbeitsverdienst maßgebend, sondern künftig „darf für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse kein höherer Betrag zugrunde gelegt werden als der Grundlohn, der bei der Entrichtung der Beiträge zur Reichsanstalt zugrunde gelegt war“. Wollte man einer gelegentlich vorkommenden Unterversicherung steuern, so gab es andere Wege. Die Regierung zog es vor, den Bruch eines seit Jahrzehnten anerkannten Grundrechtes der deutschen Sozialversicherung einfach zu dekretieren. Die Folge wird sein, daß, wenn der Arbeitgeber zu gering versicherte, der Arbeiter um seinen Anspruch betrogen wird, denn nur die Höhe des Grundlohnes, der der Beitragsleistung entspricht, entscheidet die Höhe seines Leistungsanspruchs. Ueber die zeitraubende und kostenverschlingende Durchführung dieser Bestimmung und die arbeitsrechtlichen Auswirkungen im Falle einer Unterversicherung oder gar Nichtversicherung durch den Arbeitgeber wird hier noch mehr zu sagen sein, ebenso über die mehr als oberflächliche Gesetzesfassung, die juristische Zweifelsfragen verschiedenster Art aufwirft. Zunächst muß dafür gesorgt werden, daß die Versicherten angehalten werden, zu kontrollieren, ob der Arbeitgeber die Beiträge nach einer dem tatsächlichen Verdienst entsprechenden Lohnklasse entrichtet. Zu beachten ist, daß bei Kurzarbeit, auch wenn die Beiträge in einer dem Kurzlohn entsprechenden Lohnklasse entrichtet wurden, für die Versicherungsleistung die Lohnklasse zu rechnen ist, nach der bei Vollarbeit die Beiträge zu entrichten wären.

Staffelung der Unterstühtung nach der Dauer der Anwartschaft.

Die zweite Verschlechterung bringt die besonders vom Zentrum gewollte Senkung der Unterstühtung für die Hälfte aller Arbeitslosen und gerade der bedürftigsten, der am schwersten von Arbeitslosigkeit geplagten. Es sollen diejenigen Versicherten, die „in den letzten 18 Monaten vor der ersten Arbeitslosmeldung, die auf den Erwerb der Anwartschaft folgt“, nicht mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben, nur verminderte Sätze erhalten. Gegenüber dem Regierungsentwurf ist hier eine geringe Verschiebung eingetreten. Es sinken die Lohnklassen wie folgt: 7 auf 6, 8 auf 7, 9 und 10 auf 8 und 11 auf 9. Auch über diese Bestimmung und ihre völlig mißglückte Fassung ist noch Näheres zu sagen.

Unterstühtung Jugendlicher.

Arbeitslose, die das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erhalten nur dann Unterstühtung, wenn ihnen kein familienrechtlicher Unterhaltsanspruch zusteht.

Ausscheiden aus der Versicherung bei „geringfügiger“ Arbeit.

Künftig scheidet alle „geringfügigen“ Beschäftigungen aus der Versicherung aus, auch dann, wenn der Arbeitnehmer einzig vom Ertrag dieser Arbeit lebt und bei ihrem Fortfall in bitterste Not gerät. Als „geringfügig“ soll jede Beschäftigung gelten, die durch Arbeitsvertrag oder der „Natur der Sache“ nach auf nicht mehr als 30 Stunden wöchentlich beschränkt ist oder für die kein höheres Arbeitsentgelt als 10 M. wöchentlich vereinbart oder ortsüblich ist. Kurzarbeit rechnet hierbei allerdings nicht als „geringfügig“.

Ausscheiden der „Wohlfahrtsarbeiter“ aus der Versicherung.

Auch sogenannte Wohlfahrtsarbeiter scheidet aus der Versicherung aus, wenn ihre wöchentliche Arbeitszeit nicht mindestens 32 Stunden beträgt und wenn sie nicht den tariflichen Lohn oder beim Fehlen einer tariflichen Regelung den für die betreffende Arbeit ortsüblichen Lohn erhalten. Der Träger der öffentlichen Fürsorge soll berechtigt sein, im Einvernehmen mit dem zuständigen Arbeitsamt festzusetzen, „welcher Tarifvertrag für die Entlohnung der Fürsorgearbeiter Anwendung finden soll“.

Begriff der „Arbeitslosigkeit“.

Der berichtigte § 89 a hat eine Verbesserung erfahren. Es ist fortgefallen, daß der Arbeitslose auch dann keine Unterstühtung erhält, wenn ihm zugemutet werden kann, seinen Unterhalt im Betriebe der „Geschäftler“ zu erwerben. Im übrigen sind die Bestimmungen in all ihrer Ungerechtigkeit entweder bestehen geblieben oder sie sind sogar noch sehr verschlechtert worden. Bisher war nach dem Wortlaut der gesetzlichen Bestimmung die Voraussetzung für den Unterstühtungsanspruch, daß der betreffende Arbeitslose auch wirklich während der Arbeitslosigkeit seinen Unterhalt durch Arbeit erworb oder erwerben konnte. Nur eine willkürliche und ungesetzmäßige Auslegung machte aus dieser Bestimmung eine unverhohlene Bedürftigkeitsprüfung. Jetzt wird die „Bedürftigkeitsprüfung“ durch Diktat der Regierung zum Prinzip erhoben. Der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes soll nämlich „Richtlinien“ aufstellen darüber, „unter welchen Voraussetzungen anzunehmen ist, daß jemand den erforderlichen Lebensunterhalt durch Arbeit (während seiner Arbeitslosigkeit) erwirbt oder erwerben kann“. Bernünftig durchgeführt, könnte scheinliches Unrecht, wie es heute vielfach gegen das Gesetz geübt wird, verhindert werden. Aber es ist zu befürchten, daß unverständliche Mehrheiten in den Ausschüssen „Richtlinien“ aufstellen, die, wie die bisherige ungesetzliche Praxis zum Verlangen der Unterstühtung führen, auch wenn der Betrieb dem Arbeitslosen keine

Gelegenheit gibt, auch nur einen Finger zu rühren. Unsere Vertreter in den Verwaltungsausschüssen werden hier auf dem Kosten sein müssen. Das Recht, „Richtlinien“ aufzustellen, kann der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes auch dem örtlichen Ausschuß übertragen. Es ist ein Beschwerdeverfahren an den Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes bzw. an den Vorstand vorsehen. Auf den ursprünglichen Vorschlag der Regierung, dem Versicherten, dem die Unterstühtung versagt wird, wenigstens die von ihm geleisteten Beiträge zurückzahlen, verzichtet das jetzige Diktat. Es kostet Geld und trifft ja nur einen Armen.

Doppelverdiener.

Die Beschränkung der Unterstühtung bei Doppelverdienern führt die Verordnung natürlich durch. Zwar kann ein mit einer hohen Pension oder einem hohen Wartegeld gesegneter Beamter noch 10 000 M. und mehr jährlich in der Privatwirtschaft verdienen, ohne daß ihm von seiner Pension oder seinem Wartegeld ein Pfennig gekürzt wird, wenn aber ein Versicherter arbeitslos wird, dessen Ehegatte ein Arbeitseinkommen von mehr als 35 M. wöchentlich hat, so wird der 35 M. Einkommen übersteigende Betrag von der Unterstühtung des arbeitslosen Ehegatten abgezogen. Dieses soll nur dann nicht eintreten, wenn dem Arbeitslosen Familienzuschläge für zwei oder mehr Angehörige gewährt werden. Sind beide Ehegatten zugleich arbeitslos, ohne daß ein Zuschlagsempfänger vorhanden ist, so wird die niedrigste von beiden Unterstühtungen auf die Hälfte gekürzt.

Anrechnung von Krankheitstagen bei Lehrlingen.

Über die Regierung kennt auch Verbesserungen. Die Bestimmung des § 98a, wonach durch Arbeitsunfähigkeit (Krankheit) ausfallende Arbeitstage auch dann keine Anwartschaft begründen, wenn das Beschäftigungsverhältnis fortbesteht, gilt künftig nicht mehr für Lehrlinge.

„Pendelarbeiter“.

Im berichtigten § 107 c ist durch die Verordnung nunmehr klargestellt, daß „Pendelarbeiter“ nicht mehr unter die einschränkenden Bestimmungen fallen. Die Unterstühtung wird danach künftig nicht dem Lohnniveau des Wohnortes angepaßt, „wenn der Unterstühtungsart derselbe Ort ist, in dem der Arbeitslose als Arbeitnehmer während der Dauer der Beschäftigungszeit gewohnt hat, der Arbeitslose sich täglich von dort zum Beschäftigungsort und zurück begeben hat und beide Orte einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet angehören“. Diese letztere Bestimmung mußte die Regierung noch schnell einschmuggeln, damit nur nicht die Vernunft vollends zur Geltung kommen konnte. Nun kann sich der Amtschimmel wenigstens am Begriff „einheitliches Wirtschaftsgebiet“ festbeißen!

Wartzeit.

Über joviell Großmut der dekretierenden Reichsregierung mußte durch weitere Verschlechterungen an anderer Stelle wettgemacht werden. Dazu dient zunächst die Wartzeit, die künftig bei allen Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen vierzehn Tage betragen soll.

Sperrfristen.

Und weiter soll die Sperrfrist verlängert werden. Statt grundsätzlich bisher vier Wochen, soll bei Aufgabe der Arbeit oder bei Nichtannahme von Arbeit die Sperrfrist künftig sechs Wochen betragen. Konnte sie bisher auf zwei Wochen verkürzt und auf acht Wochen verlängert werden, so sind diese Fristen künftig drei bzw. zwölf Wochen. Neu ist hier übrigens, daß künftig von der Sperrfrist abgesehen werden kann, wenn der Versicherte seine Arbeitsstelle freiwillig aufgab, „um sich einem geregelten Ausbildungsgang zur beruflichen oder volkswirtschaftlichen Schulung zu unterziehen“.

Ausschluß der Selbstverwaltung bei „Pflichtarbeiten“.

Um die Mitwirkung der Selbstverwaltung möglichst zu beschränken, verordnet das Regierungsdekret, daß sie künftig im Falle des § 91 ausscheidet. Nach § 91 kann für Arbeitslose unter 21 Jahren die Unterstühtung von einer Arbeitsleistung abhängig gemacht werden, sogenannte Pflichtarbeit. Bisher hatte der Verwaltungsausschuß des Arbeitsamtes über die Durchführung der Arbeit, „nähere Bestimmungen zu treffen, die Arbeiten auszuwählen und die Höchstdauer der Arbeit festzusetzen“. Beschlüsse zur Durchführung dieser Bestimmung waren nur wirksam, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Verwaltungsausschusses zustimmten. Unzulänglichkeiten sind dem Vorstand der Reichsanstalt zwar nie bekannt geworden, aber irgendein Beamter des Arbeitsministeriums argwöhnt, es könnten einmal Schwierigkeiten entstehen. Die Regierung dekretiert daraufhin, daß künftig die Verwaltungsausschüsse völlig ausgeschaltet sind. Oder will sie damit das Signal zu einer uferlosen und unkontrollierten Pflichtarbeit aller Arbeitslosen unter 21 Jahren geben? Will die Reichsregierung auf kaltem Wege die „Dienstpflicht“ einführen?

Kostenbedeutung.

Bezüglich der Kostenbedeutung soll folgendes gelten: Der Beitrag steigt auf 4,5 Prozent. Für Betriebe oder Betriebsgruppen, für deren Angehörige die Arbeitslosenversicherung erheblich stärker als der Durchschnitt in Anspruch genommen wird, können die Arbeitgeber zu höheren Beiträgen herangezogen werden. Hiermit will man Arbeitgebern, die schrankenlos das Betriebsrisiko auf die Arbeitslosenversicherung abwälzen, drohen. Es wird bei diesem Schreckschuß bleiben. Bezüglich des nach § 163 noifalls zu gewährenden Darlehens soll künftig der Höchstbetrag der Darlehen im Haushaltsgesetz festgelegt werden. (Für das Haushaltsjahr 1930-31 sind 140 Mill. M. für Darlehenszwecke festgelegt.) Außerdem legt die Verordnung für das Geschäftsjahr 1930 (1. April 1930 bis 31. März 1931) einen Zuschuß von 184 Mill. M. fest. Soweit die Kostenbedeutung. Was aber, wenn 4,5 Prozent Beitrag und der Zuschuß und das festbegrenzte Darlehen die anfallenden Kosten nicht decken? Und sie werden bei weitem nicht decken! Der Artikel 4 des Dekrets hat auch hier eine geniale Lösung. Ueber-

steigt nämlich der Bedarf der Reichsanstalt die eigenen Mittel und reichen die vorgesehenen Zuschüsse und Darlehen zur Bedarfsdeckung nicht aus, „so gewährt das Reich für dieses Haushaltsjahr die Hälfte des Mehrbedarfs als Zuschuß“. Und dunkel fährt die Verordnung fort: „Der Rest (die andere Hälfte des Fehlbedarfes) ist durch Erhöhung oder Abstufung der Beiträge oder durch die Verbindung beider Maßnahmen zu decken“. „Erhöhung“ ist klar, um so unklarer ist der Begriff „Abstufung der Beiträge“. Etwas derartiges kennt das Gesetz an keiner Stelle. Aber die Verordnung weiß Rat. Die Reichsregierung soll nämlich ermächtigt sein, im Benehmen mit dem Vorstand der Reichsanstalt „die hierzu erforderlichen Änderungen der geltenden Vorschriften festzusetzen“. Die Regierung spielt den Versäumten, sie möchte nicht klar heraus sagen, daß die „Saisonarbeiter“ mit höheren Beiträgen belastet werden können, aber sie baut weise vor, indem sie eine „Abstufung“ der Beiträge möglich macht. Schon die nächste Zeit wird Regierung und Vorstand vor die Entscheidung stellen. Ein kleiner Taschenpielertrick, aber er entspricht dem Geist dieser Regierung.

Dieser Wechselbalg einer Reform der Arbeitslosenversicherung ist schon am 1. August in Kraft getreten. Wir konnten es nicht hindern. Aber wir können hindern, daß er je gesetzlich fundiert wird. Restlose Agitation aller Gewerkschaftsmitglieder, Aufklärung aller Arbeiter muß erreichen,

daß am 14. September ein Reichstag gewählt wird, der dieser Reichsregierung ihr Machwerk zerrissen vor die Füße wirft. Das kann nur erreicht werden durch die Wahl von Sozialdemokraten!

Was der Erwerbslose beachten muß!

Die Erwerbslosmeldung

beim Arbeitsamt muß an dem Tage geschehen, der dem Entlassungstage unmittelbar folgt. Manche glauben, daß für den Beginn der Unterstühtung ja doch der Entlassungstermin maßgebend sei, und verzögern die Arbeitslosmeldung um Tage oder gar Wochen. Tatsächlich läuft das Unterstühtungsverfahren erst von dem Tage an, an dem der Erwerbslose sich erstmalig beim Arbeitsamt meldete. Besonders neigen solche Arbeitslose, die die Arbeit selbst aufgegeben und Sperrfrist zu erwarten haben, aus verständlichen Gründen zu verspäteter Meldung. Das sollten sie nicht tun, denn die drei bis zwölf Wochen Sperrfrist, die dem Beginn ihrer Unterstühtung vorausgehen, sind bitter genug und rechtfertigen sofortige Meldung, um die Hungerzeit nicht unnötig zu verlängern. Über auch Erwerbslose, die wegen Nichterfüllung der Anwartschaft keine Aussicht auf Unterstühtung haben, tun gut, sich gleich nach der Entlassung beim Arbeitsamt zu melden und regelmäßig an der Kontrolle teilzunehmen. Sie kommen so in den Genuß der Vermittlungstätigkeit und haben weiter, z. B. Steuerbehörden bei Lohnsteuer-Rückerstattungsanträgen gegenüber, stets einen gültigen Nachweis ihrer Erwerbslosigkeit. Wer sich deshalb nicht gleich erwerbslos melden kann, weil ihm die erforderlichen Entlassungspapiere fehlen, muß für den ihm dadurch entstehenden Schaden durch das örtliche Verbandsbüro den Unternehmer haftbar machen, von dem er entlassen wurde.

Kurz nach der Erwerbslosmeldung wird der Arbeitslose den

Antrag auf Unterstühtung

stellen. Da prüfe man, eventuell an Hand der Lohnzettel, genau nach, ob die vom Arbeitgeber ausgestellte Lohnbescheinigung richtig ist. Oft hat eine zu niedrig angelegte Höhe ihren Grund in einer falschen Lohnangabe. Auch geleistete Kurzarbeit muß in der Arbeitgeberbescheinigung extra vermerkt werden, sonst wird statt der verkürzten die volle Wartzeit festgelegt. Mancher hat gehört, daß für erwachsene Söhne und Töchter und für arbeitende Ehefrauen nichts gezahlt werde, und gibt sie deshalb beim Antrag nicht an. Richtig ist aber, daß der Familienzuschlag dann gezahlt wird, wenn die Angehörigen, für die er beantragt wird, nur geringfügigen Verdienst haben. Also führe man sie mit auf und belege eventuell den geringen Verdienst durch Arbeitgeberbescheinigungen. Noch zu wenig bekannt ist, daß man auch gegen die Höhe der Unterstühtung wie gegen jede andere Entscheidung des Arbeitsamtes binnen zwei Wochen Einspruch beim Spruchauschuß des zuständigen Arbeitsamtes erheben kann. Zu empfehlen ist, vor Einreichung des Einspruchs den Gewerkschaftsvertreter zu hören.

Sinnfänglich der

Krankenversicherung der Erwerbslosen

bestehen noch manche Unklarheiten. Daß im Krankheitsfall Krankengeld in Höhe der Unterstühtung gezahlt wird, daß auch die bei verschiedenen Krankentassen übliche Karenzzeit vom Arbeitsamt vergütet wird, daß nach der Gesundheitsmeldung keine neue Wartzeit einsetzt, wissen offenbar viele Arbeitslose nicht, sonst würden sie zu Hause bleiben, statt sich krank zur Kontrolle zu schleppen. Auch Krankenunterstützungsempfänger sind gegen Krankheit versichert, nicht aber gänzlich Ausgesteuerte, die in dem irrigen Glauben sind, daß sie noch in der Krankentasse seien, weil sie noch zur Kontrolle gehen. Ihnen wie auch den Wohlfahrts-erwerbslosen muß dringend geraten werden, sich bald nach der Aussteuerung freiwillig, und sei es in der niedrigsten Stufe, weiter zu versichern. Wer arbeitslos ist, prüfe ja seine Invalidenkarte. Wenn ihre zweijährige Dauer abläuft, ohne daß sie mindestens 20 geklebte Marken enthält, ist sie dem Arbeitsamt vorzulegen, das die fehlenden Marken klebt, dann kann der Umtausch der Karte in der zuständigen Krankentasse erfolgen.

Wer das Glück hatte, Arbeit zu finden, braucht sich nicht unbedingt persönlich beim Arbeitsamt abzumelden. Mit der Abmeldung und der Erhebung der restlichen Unterstühtung kann man Angehörige oder andere Vertrauenspersonen beauftragen, denen man eine Vollmacht mitgibt, aus der Datum des Arbeitsantritts, Name der Firma, Name des mit der Abmeldung Beauftragten und schließlich Unterschrift des Abzumeldenden ersichtlich ist.

Abbau in der Krankenversicherung.

Die jahrelange Hege, die von Unternehmerverbänden, Ärzten und sonstigen Sozialreaktionären gegen die deutsche Sozialversicherung getrieben wurde, hat für diese ein günstiges Ergebnis gezeitigt. Der Regierung Brüning blieb es vorbehalten, den Bemühungen der Sozialreaktionäre zum Erfolg zu verhelfen. Als es ihnen nämlich nicht gelang, im Reichstag eine Mehrheit zum Abbau der Sozialversicherungsleistungen zu erhalten, fanden sie bei der Regierung Brüning das notwendige Verständnis. Durch die Notverordnung des Reichspräsidenten zur Behebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Mißstände vom 26. Juli 1930, die auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen worden ist, obgleich die besten Kenner des Verfassungsrechts das Recht zum Erlass einer solchen Notverordnung bestreiten, wurden einschneidende Maßnahmen in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung getroffen, die für die krankfeiernden und erwerbslosen Versicherten und ihre Angehörigen große finanzielle Belastungen bringen.

Die Knappschaftskrankenversicherung wird zwar von der Verordnung nicht im gleichen Maße berührt, wie die übrige Krankenversicherung, weil für sie nicht alle Bestimmungen der Reichsversicherung, sondern auch die besonderen Bestimmungen des Reichsknappschaftsgesetzes gelten. Immerhin wird auch sie empfindlich getroffen. Nach der Notverordnung werden in der Knappschaftskrankenversicherung folgende Verschlechterungen Platz greifen:

1. Erhebung einer Gebühr von 50 Pf. für jeden Krankenschein, den der Versicherte sowohl für sich als auch für jeden Angehörigen lösen muß, falls er die Krankenhilfe in Anspruch nehmen will.
2. Gewährung des Krankengeldes in jedem Fall erst vom vierten Tage der Arbeitsunfähigkeit an.
3. Nichtzahlung des Krankengeldes für einen Sonntag oder allgemein staatlich anerkannten Feiertag, wenn an diesem Tage die Arbeitsunfähigkeit endet.
4. Tragung der Kosten bis zum Betrage von 50 Pf., wenn der Versicherte auf Grund einer Verordnung Arznei-, Heil- oder Stärkungsmittel erhält.

Wenn auch die Regierung Brüning nicht ganz so weit gegangen ist, wie es die Unternehmerverbände gefordert haben, daß nämlich für jeden Krankenschein eine Gebühr von 1 M. erhoben werden sollte, so bedeutet doch die Bestimmung der Verordnung, wonach eine Gebühr von 50 Pf. erhoben werden soll, eine große Mehrbelastung der Versicherten und eine Entlastung der Arbeitgeber. Im Jahre 1929 sind z. B. bei der Ruhrknappschaft 250 000 Krankenscheine, 700 000 Familienkrankenscheine und 1 000 000 Kur-scheine ausgestellt worden. Blicke die Inanspruchnahme in den nächsten Jahren gleich,

So müßten allein die Versicherten der Ruhrknappschaft 975 000 M. im Jahre für die Ausstellung von Krankenscheinen aufbringen.

Die Entlastung, die gegebenenfalls durch eine Senkung der Beiträge zur Krankenversicherung eintreten könnte, wird niemals so hoch sein, weil die Beitragsenkung auch den Unternehmern zugute kommen wird, die Kosten für die Krankenscheine aber von den erkrankten Mitgliedern und von den Mitgliedern, deren Familienangehörige erkranken, allein getragen werden müssen.

Die Vorschrift, bei jeder Inanspruchnahme der Krankenhilfe 50 Pf. für den Krankenschein zu bezahlen, kann sich auf die Gesundheit der Versicherten und ihrer Angehörigen verhängnisvoll auswirken. Bei dem fargen Verdienst der Arbeiter wird so mancher Familienvater oft zögern, bei Erkrankung eines Angehörigen den Rat eines Arztes sofort einzuholen, weil er oft die 50 Pf. nicht besitzen wird. Hernach kann es zu spät sein. Uebrigens ist diese Maßnahme für die Knappschaftskrankenversicherung sinnlos. In den meisten Bezirksknappschaften besteht ein Arztsystem, nach welchem die Ärzte nach einer Kopfschale pro Jahr für das Mitglied, das in ihrem Sprengel wohnt, bezahlt werden. Die Kopfschale ist so bemessen, daß sie bei normaler Inanspruchnahme des Arztes als eine angemessene Vergütung angesehen werden kann. Sollte durch die Erhebung der Gebühr die Inanspruchnahme namentlich durch die Angehörigen der Versicherten geringer werden, so bedeutet die Maßnahme der Regierung Brüning eine Liebesgabe an die Knappschaftsärzte, die bei weniger Arbeit die gleiche Bezahlung erhalten, da es schwer halten wird, ihnen die Kopfschale herabzusetzen.

Die Erhebung der Gebühr von 50 Pf. ist auch nicht geeignet, die Klassen vor Ausnützung zu schützen, denn der Klassenarbeiter, der darauf ausgeht, die Krankentasse auszubeuten, wird die 50 Pf. ohne weiteres zahlen, da ihm beim Gelingen seines Vorhabens größere Vorteile zukommen. Den Schaden werden in der Hauptsache die wirklich Erkrankten haben, die für jeden Krankenschein die Gebühr entrichten müssen. Eine Milderung kann durch die Sondervorschriften in der Art getroffen werden, daß für Versicherte mit einem Grundlohn bis zu 4 M. und in Fällen gleichzeitiger Erkrankung mehrerer Familienangehöriger die Gebühr für den Krankenschein auf 25 Pf. herabgesetzt wird. Sie kommt aber nur verhältnismäßig wenig Versicherten zugute. Die Bestimmung, daß bei Abnahme von Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln der Versicherte bei jeder Verordnung zum Preise bis zu 50 Pfennig die ganzen Kosten und darüber hinaus 50 Pfennig zu entrichten hat, ist auch eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustand, bei welchem der Versicherte 10 Prozent der Kosten zu tragen hatte. Nach einem vorläufigen Ueberschlag bei der Ruhrknappschaft werden die Bergarbeiter des Ruhrgebiets über 300 000 M. für Arznei und Heilmittel mehr aufzubringen haben als bisher. Die Beitragsherabsetzung, die hierdurch bedingt wird, kommt aber, wie bereits erwähnt, nicht den Bergarbeitern, sondern auch den Bergbauunternehmern zugute, während die Mehrkosten für die Arznei die Bergarbeiter allein zu tragen haben werden.

Die obligatorische Einführung von drei Wartetagen vor dem Bezuge von Krankengeld bei Arbeitsunfähigkeit wird in der Knappschaftskrankenversicherung nicht die Bedeutung wie in den Klassen haben, in denen diese Wartetage nicht bestanden. Eine fühlbare Beschränkung von Leistungen bedeutet sie aber in den Fällen, in denen die Wartetage durch Behandlung auf einen Kurschein trotz Bestehen von Arbeitsfähigkeit ablaufen konnten. Die Möglichkeit, die Wartetage durch eine Bestimmung in den Sondervorschriften abzuschaffen, besteht jetzt nicht mehr.

Durch die vorhin gekennzeichneten Maßnahmen glaubt die Regierung Brüning, eine Entlastung der Arbeitgeber von Beiträgen zur Krankenversicherung herbeiführen zu können. Das wird in der Tat der Fall sein. Wie sie aber durch die dritte Maßnahme, daß bei Beendigung der Arbeitsunfähigkeit an einem Sonn- oder Feiertag kein Krankengeld für diesen Tag gezahlt wird, den gleichen Zweck erreichen will, bleibt ein Rätsel. Ob Arbeitsunfähigkeit bestand, das entscheidet bisher auch nicht der Arbeiter selbst, sondern der ihn behandelnde Arzt. Dieser konnte also auch jetzt bescheinigen, daß die Arbeitsunfähigkeit am Sonnabend beendet war. Der Krankfeiernde dürfte dann kein Krankengeld für den folgenden Sonntag erhalten. Wenn man glaubt, daß es am Kranken liegt, wenn die Arbeitsunfähigkeit beendet wird, so wird jetzt der Kranke ja die Möglichkeit haben, sich erst am Dienstag arbeitsfähig schreiben zu lassen, um das Krankengeld für den letzten Sonntag mitzubehalten. Die Bestimmung über den letzten Sonntag ist nur aus einem Geiste zu verstehen, der grundsätzlich jeden Versicherten als einen Begehrlichen ansieht, dem es darauf ankommt, viel und lange zu feiern.

Um die Mehrbelastung, die durch die Notverordnung bedingt wird, den Versicherten schmachhafter zu machen, sind darin auch Mehrleistungen vorgesehen. Die wichtigste davon ist die Einführung der Familienhilfe als Pflichtleistung. Sie ist für die Dauer von 13 Wochen zu gewähren. Praktisch hat diese Bestimmung jedoch wenig Bedeutung, da fast alle Klassen Familienhilfe freiwillig gewähren. Die Familienhilfe der Knappschaft wird durch die Bestimmungen der Notverordnung nicht berührt, da sie nach den Bestimmungen des Reichsknappschaftsgesetzes zu gewähren ist und viel weiter geht. Neben dieser mageren Mehrleistungsverordnung enthält die Verordnung auch noch einige Bestimmungen, wonach durch die Zahlung Krankengeld, Hausgeld und Sterbehilfen für Angehörige höher als bisher festgelegt werden können. Auch diese Bestimmungen berühren die Knappschaftskrankenversicherung zum größten Teil nicht. Die Verschlechterungen, die die Notverordnung enthält, überwiegen die Verbesserungen bei weitem. Wie die meisten Maßnahmen der Regierung, bringen sie für die Unternehmer Vorteile, für die Arbeiter Nachteile.

Daß den Leuten, die für diese Verordnung verantwortlich sind, nicht wohl dabei ist, das beweist ihr krampfhaftes Bemühen, zu beweisen, daß die Anregung zu den Abbaumaßnahmen nicht von ihnen, sondern von den Krankenkassenverbänden kommt, die unter dem freigewerkschaftlichen Einfluß stehen. Nach dem „Bergknappen“ vom 26. Juli und 9. August 1930 hätte sowohl der Zentrumsmann und Reichsarbeitsminister Stegerwald als

auch sein Parteifreund, Ministerialdirektor Dr. Grieser, behauptet, daß die Notverordnung sich zum Teil an Vorschläge anlehne, die der erste Geschäftsführer des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen, Lehmann, auf der Breslauer Tagung dieses Verbandes gemacht hätte. Wie wir die Zentrumspresse kennen, wird sie vielleicht noch behaupten, die Notverordnung hätten die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie verschuldet. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Vorschläge Lehmanns nur eine Disfunktionsgrundlage über die Reform der Reichsversicherungsordnung bildeten und unter dem Gesichtspunkt gemacht wurden, weniger wichtige Leistungen einzuschränken und dafür dringendere Leistungen einzuführen. Warum hat Herr Stegerwald in seine Verordnung nicht hineingeschrieben, daß

1. das Hausgeld bis zur Höhe des Krankengeldes,
2. die Krankenpflege auf die Dauer von 52 Wochen und
3. als Wochengeld Pflichtversicherter 85 Prozent des Grundlohnes gewährt werden?

Auch diese Vorschläge und andere hat Lehmann gemacht.

Warum vor allen Dingen hat Herr Stegerwald, wenn er die Krankenversicherung entlasten wollte, nicht die volle Ersatzpflicht der Unfallversicherung für Leistungen der Krankenkassen an arbeitsunfähige Unfallverletzte verfügt? Ueber die Belastung der Knappschaftskrankenversicherung durch Unfälle ist er doch wohl genügend unterrichtet. Er hätte nur die Eingabe unseres Verbandes vom 19. Sept. 1929 zur Hand nehmen können.

Eine solche Bestimmung hätte die Knappschaftskrankenversicherung sofort um 15 Millionen entlastet.

Die Antwort des Herrn Stegerwald brauchen wir nicht erst abzuwarten. Würde er sich diese Vorschläge zu eigen machen, so hätte er die Arbeiter entlastet und die Unternehmer belastet. Das kann natürlich niemand von einer Regierung Brüning erwarten. Wir erwarten aber, daß das arbeitende Volk am 14. September der Regierung Brüning und den Parteien, die sie bilden, die Quittung für die Belastung der Arbeitenden und die Entlastung der Unternehmer in der Krankenversicherung erteilt.

WIRTSCHAFT

Zur Arbeitsbeschaffung.

Nach langen Vorarbeiten, die weit in die Zeit des Kabinetts Müller zurückgehen, ist jetzt eine Gesellschaft für öffentliche Arbeiten begründet worden.

Aus den Maßnahmen der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge hatte das Reich ein Vermögen von etwa 400 Mill. M. angesammelt, das aber nicht zur Verfügung stand, da es sich aus Darlehen zusammensetzte. Das Notwendige und Mögliche im Haushalt zur Verfügung zu stellen für die werkschaffende Arbeitslosenfürsorge wurde Wiffell durch die Bürgerlichen vereitelt. 1929 standen noch 77 Mill. M. für die werkschaffende Arbeitslosenfürsorge zur Verfügung, 1930 nur noch 45 Millionen und von letzteren war noch ein großer Teil für Landarbeiterwohnungen bereits festgelegt.

Die Darlehensforderungen des Reiches sollen nun als Grundlage für Anleihen dienen. Die neue Gesellschaft soll als Gläubigerin gegenüber den Darlehensmachern und als Schuldnerin für die Anleihen auftreten.

Die produktive Erwerbslosenfürsorge soll vom Etat der Reichsanstalt gelöst werden. Man hofft, 70 bis 80 Millionen jährlich zur Verfügung zu haben. Die Notstandsarbeiten sollen wie bisher durch einen Reichsantheil und den gleich hohen Länderanteil finanziert werden. Dazu treten Zuschüsse der Reichsanstalt in der Höhe nach § 139 des Gesetzes, d. h. in der Höhe der ersparten Arbeitslosenunterstützung. Außerdem muß der Unternehmer wenigstens 20 Prozent der Kosten tragen. Es handelt sich ausschließlich um zusätzliche Tiefbauarbeiten. Man hofft, 10 Millionen Arbeitstageswerke finanzieren und damit die Erwerbslosenziffer um 10 Prozent drücken zu können.

Die Kohlenförderung im Ruhrgebiet

gestaltete sich im ersten Halbjahr 1930 gegenüber dem ersten Halbjahr 1929 wie folgt:	1930	1929
Förderung, To.	55 910 756	59 231 593
Kokszeugung, To.	15 066 217	16 235 594
Vorräteveränderung, To. (1. 1.—30. 6.) + 5 480 000	—	1 740 000
Feierschichten	4 810 000	412 332
Belegschaftsänderung Januar-Juni	47 009 +	10 049

Die Kohlenproduktion ist also, verglichen mit dem Vorjahr, um 3 320 837 To. zurückgegangen, die Koksproduktion um 1 169 377 To. Der Unterschied in Feierschichten und Halbenbeständen ist, wie die Ziffern zeigen, enorm.

Bergarbeiter-Romanistreiber.

Leider gibt es aus dem Bergbau fast keine wirklich gute Romanliteratur. Gewiß haben schon verschiedene Schriftsteller durch eigene Anschauung den Bergbau zu erfassen versucht, um das Geschehene in einem Roman zu verarbeiten. Es blieb bisher bei Versuchen. Wirklich Brauchbares ist noch nicht herausgekommen. Die Bergarbeiter selbst neigen nur sehr wenig zur Schriftstellerei. Bis her sind eigentlich nur einige Lyriker aus ihnen herausgewachsen. Zu nennen wären unser Heinrich Kämpchen und Wohlgenuth. Von den beiden ist es wohl Kämpchen gewesen, der die Geheimnisse des Bergbaues, seine Arbeit und Gefahren am besten erfährt und wiedergegeben hat. Neugierig griff ich nach einer kommunistischen Zeitung, dem „Ruhr-Echo“ in Essen, als es neulich einen Auszug aus einem noch unveröffentlichten Bergarbeiterroman „Schlagende Wetter“ von Paul Körner veröffentlichte. Und wieder erlebte ich eine Enttäuschung, größer als zuvor. Was sich dieser Schriftsteller leistet, ist schon mehr eine Verzerrung des gefährvollen Bergarbeiterberufes ins Lächerliche.

„Er spukt in'n Berg, Justav. Du mußtst nochmal nach dem Wetter sehen“, sagte Starke zum Ortsältesten.

„Immer sehn, immer sehn“, knurrte dieser. „Wer bezahlt einem hier die Zeit? Sollen doch einen Kontrolleur anstellen.“

„Jau, jau, Justav. Aber hier liet unse Lewen rum, un wenn wi nicht as sülwst kontrollieren, da schmoren wi as tau Dobe. Et is doch hier amol nich wetterfrei, un da meten wir schon as en beten uppassen.“

Der Ortsälteste brumnte noch etwas Unverständliches vor sich hin. Dann nahm er seine Lampe und ging zum Stoß, wo das Wetter bemerkt worden war. Er schob mit dem Fuß die losen Kohlenbrocken beiseite. Er spuckte aus und kniete nieder. Mit der flachen Hand schob er den schlammigen Brei beiseite. Aus der schwarzen Lunte stiegen Blasen hervor. Der Ortsälteste hielt die brennende Lampe dicht über den Stoß. Bald zeigte sich ein blauer Schein über der Flamme, das Zeichen, daß hier Wetter sind. Bangsam hob er die Lampe höher, und langsam verschwand auch der blaue Schein.

Nach der Mundart zu schließen, handelt es sich um zwei polnisch-westfälische Rheinländer aus Waldenburg, die sich so

unterhielten. Auch sieht der Bergmann nie „nach dem Wetter“. Das machen sehr oft die Menschen über Tage. Auf gefährlichen Gruben haben die Ortsältesten auch keine Sicherheitslampen, können also auch keine Wetter kontrollieren. Ich persönlich würde es auch ablehnen, diesem „Justav“ eine Wetterlampe auszuhandigen, denn wer die Schlagwetter in der Wasserseige sucht, versteht nach bergmännischen Begriffen wirklich nichts davon. Gewiß kommt es vor, daß irgendwelche Gase — es brauchen nicht Schlagwetter zu sein — Blasen im Wasser bilden, ohne daß daraus irgendeine Gefahr zu entstehen braucht, denn sobald sich das Gas in der Luft verdünnt, ist es unschädlich.

Geradezu unsinnig mutet die Schilderung des ExploSIONsverlaufs an. Hören wir, was der gute Mann schreibt:

„Starke vernahm ein Zischen. Offenbar war eine Wetterader freigelegt. Und ehe er den Ortsältesten Bescheid sagen konnte, wurde das Zischen zu einem Rauschen, und einige Pulschläge weiter dröhnten und tohten die schlagenden Wetter durch den Berg.“

Es bligte und donnerte in einem fort . . .

Von der Ferne rollten die Donner heran . . .

Das Prasseln kam näher. „Brummmmmmm, schicht!“

„Krrrrrrrät, rät, jcht!“

Durch die Einführung des Stollens flog ein Lichtschein . . . Die Schienen waren verbogen. Ein neues Prasseln kam heran. „Süüüüüüü — bum, bummmmmmm!“ Ein kalter Luftzug zog durch den Stollen. Die Nachschwaden . . . Für einen Moment machen die Vorräte der wenig vorhandenen Luft noch einmal das Atmen möglich . . . Es zischte und lispelte, als wenn der Sturmwind an unrühigen Tagen in der schwarzen Erle jingt und tobt. Dann kamen die Wetter in unmittelbarer Nähe zur Entzündung . . . (Noch einmal? d. U.) Mächtige Donner grollten durch den Berg, so daß man nicht unterscheiden konnte, ob die schlagenden Wetter oder die Kumpels brüllten. Schlag folgte auf Schlag. Man konnte das Echo vom eigentlichen Schlag nicht unterscheiden . . . Am Aufzug war schon ein Gedränge. Anders rannten zur Leiter, un eventuell per Leiter aus dem Schlund zu entfliehen . . . Alles drängt in den Korb. Ueber seine normale Belastung war er beladen. In der Eile dachte keiner daran, den Anschläger zu ziehen. „Anschlagen!“ schreit hinten einer. Im selben Moment ertönte eine neue ExploSION . . . Es prasselt und zischt wie

bei einem Gewitter. Der andere Korb kommt herunter. Noch drängeln sich die Kumpels, als er ohne Anschlag wieder nach oben geht. Der Maschinist hat es im Gefühl, wie lange das Einsteigen dauert. Heute geht es schneller . . . Die Leiter kann nicht benutzt werden. Der erste Schlag hat sie in tausend Splitter gerissen. „Burrurr! Ratsch! Hüüüü!“ jingt es heran. „Burrurr-ratsch, feng, feng, schtschicht ühh!“ raft es weiter und verläuft sich . . . Jetzt geht es wieder näher ein, kommt heran und verläuft sich auch wieder. „Bummmmm, bum, bummm. Sffiff!“ . . . Ehe der Korb die Wetterseige erreicht hat, knirscht es am Gleitwerk. Ein Ruck, und der Korb hängt auf halber Höhe im Förderseil. Die letzte ExploSION in der zweiten Sohle hat die Spurleiten verbogen . . . Auf der Hängebank strömt ein undurchsichtiger Qualm aus dem Schacht.

Normalerweise ist eine Schlagwetterexplosion in der Grube in höchstens zwei Sekunden geschehen. Sie durchreißt dabei lange Streden und Baue. Meist dauert es nicht einmal eine Sekunde. Der ExploSIONschlag, ein Rückschlag, und alles ist totenstill. Hier und da fällt das Gebirge nach, die Räume sind ausgefüllt von furchtbar heißem, giftigem Qualm. Was nicht durch die ExploSION und Flammen sofort getötet wurde, stirbt in den nächsten Sekunden an Hitze und Giftschwaden. Bei dem Herrn Körner sßt und bumst es fürchterlich lange. Die Nachschwaden sind kalt, auch ist am ExploSIONsberd noch atembare Luft vorhanden und die Benzinlampe soll noch brennen. Am Aufzug (der Bergmann sagt doch wohl „Schacht“) verfrachten sich die Leute ohne Signal. Der Maschinist zieht ohne daselbe. Furchtbar! Die Leiter (normalerweise sind es Faserten) sind zerpfittert. Die Spurleiten (es sind sonst Spurlatten) sind verbogen. Aus dem Schacht strömt undurchsichtiger Qualm.

Schlimmer gehts nimmer! Es scheint zwar zu spuken, aber nicht im Berg, sondern im Kopf gewisser Schriftsteller, die den Bergbau für ihre Kunst zu mißbrauchen glauben, ohne Rücksicht darauf, ob sie ihn lächerlich machen.

Auch in einem Roman müssen sich aufgegriffene Vorgänge an die Wirklichkeit halten.

Bei den Schriftstellern mit kommunistischer Einstellung scheint das nicht notwendig zu sein. Trotzdem muß man sich darüber wundern, daß ein kommunistisches Blatt unbedenklich solchen Unsinn wiedergibt. Sch.

Deutsche Bergarbeiter nach Rußland?

Seit einiger Zeit kursieren unter der Bergarbeiterschaft des Ruhrgebiets Gerüchte über die Anwerbung von Bergleuten für russische Kohlengruben, die durch sowjetrussische Agenten vorgenommen werden sollen. Von riesigen Löhnen ist die Rede und allen möglichen Annehmlichkeiten, welche die deutschen Bergarbeiter im Sowjetparadies erwarten sollen. Wir haben bereits in Nr. 24 der „Bergbau-Industrie“ vom 14. Juni 1930 unter der Überschrift: „Die Steinkohlindustrie in der Sowjetunion“ ausführlich über die tatsächlichen Verhältnisse im russischen Bergbau berichtet und sind zu dem Ergebnis gekommen, daß die Lage der russischen Bergleute alles andere als rosig ist. Wir sind daher den Gerüchten über die Anwerbung von Ruhrbergleuten nach Sowjetrußland nachgegangen und nunmehr in der Lage, über diese neueste Maßnahme der Sowjetregierung zur Verwirklichung ihres Fünfjahresplanes zu berichten.

Seit Anfang Juli d. J. befindet sich in Essen ein deutscher Bergingenieur, der für einen deutsch-russischen Kohlentrust „Sojus-ugol“ Ruhrbergleute anwirbt. Dieser Trust unterhält in Berlin W 62, Rurfürstenstraße 114, ein „Technisches Büro für den Bergbau in der Sowjetunion“ und soll in der Nähe von Charkow mehrere Schächte abgeteuft haben. Die Niederbringung weiterer Schächte ist geplant. Die deutschen Techniker und Ingenieure, denen diese Arbeiten übertragen wurden, sind nach den uns zugänglichen Informationen in Schwierigkeiten geraten, weil die russischen Bergarbeiter nur schwer an die moderne deutsche Abbaumethode zu gewöhnen und insbesondere bei den Vorrichtungsarbeiten kaum zu verwenden sind. Es wurde daher von den deutschen Technikern die Forderung nach deutschen qualifizierten Arbeitern erhoben. Diesem Verlangen ist der Trust nachgegeben und hat das Berliner Büro beauftragt, zunächst 600 deutsche Bergleute anzuwerben, denen im nächsten Jahre weitere 1000 folgen sollen. Gesucht werden besonders Schächthauer, Fördermaschinenisten, Rutschenmeister usw. Die Sowjetregierung betreibt nämlich eine gewalttätige Steigerung der Produktion und will diese durch eine großzügige maschinelle Förderung erreichen. Für diesen Zweck werden deutsche Bergleute gebraucht, die mit den modernen Abbaumethoden vertraut sind.

Die KPD. unterstützt die Anwerbung von Bergleuten im Ruhrgebiet durch die kommunistische Presse und ihre führenden Funktionäre. In Essen macht sich der Angestellte des Erwerbslosenausschusses der KPD., Josef Esser, um die Sache verdient und hat auch sein Büro dem Agenten zur Verfügung gestellt. Herr Esser verspricht den Auswanderungslustigen natürlich goldene Berge. Alle Warnungen erklärt er kurzerhand für konterrevolutionäre und sozialfaschistische Mächenschaften. In Gelsenkirchen handelt der Parteisekretär Friedrich im gleichen Sinne; er ließ es sich nicht nehmen, im kommunistischen Volksschau, welches von einer kapitalistischen Brauerei erbaut worden und deren Eigentum ist, eine große Abschiedsfeier für den ersten Trupp der ausreisenden Bergleute zu veranstalten. Im Bezirk Recklinghausen sind ebenfalls Anwerbungen erfolgt. Sie wurden ebenfalls durch den Agenten des „Sojus-ugol“ vorgenommen, der in Essen Wohnung genommen hat.

Zu welchen Bedingungen werden nun die deutschen Bergarbeiter eingestellt? Sie müssen sich für eine mindestens einjährige Arbeitszeit verpflichten und erhalten in Rußland einen Lohn von 140 Rubel monatlich. 30 Prozent dieses Lohnes werden den in Deutschland zurückgebliebenen Angehörigen der Arbeiter in deutscher Währung übersandt. Die Familienangehörigen sollen so bald als möglich nachreisen, um die deutschen Arbeiter in den russischen Kohlengruben festhaft zu machen. Deshalb wird besonderer Wert auf verheiratete Bergleute gelegt. Man weiß, daß eine einmal ausgewanderte Familie, die ihren Hausstand in der Heimat aufgelöst hat, nicht so bald wieder in der Lage ist, zurückzukehren, sondern in Rußland bleiben muß.

Die Auswandererberatungsstelle des Reichswanderungsamtes in Köln hat sich mit der Frage der Anwerbung von deutschen Bergleuten nach Sowjetrußland beschäftigt und dazu wie folgt Stellung genommen:

„In den letzten Tagen werden durch den Werber eines russischen Kohlentrustes eine größere Anzahl Bergarbeiter im Ruhrgebiet für die neu errichteten Bergwerke im Donezbecken angeworben. Die hier bekanntgegebenen Bedingungen sind durchaus nicht als günstig zu bezeichnen. Der auswandernde Bergmann muß sich darüber klar sein, daß er zu denselben Bedingungen arbeiten und wohnen muß wie der russische. Nach Ansicht von Rußland-Sachverständigen werden diese auswandernden deutschen Bergleute in jeder Hinsicht (Entlohnung, Unterbringung, Verpflegung) die allergrößten Enttäuschungen erleben. Die Entlohnung wird in Tschernowez-Rubeln geleistet, und zwar sollen die Bergarbeiter monatlich etwa 140 Rubel erhalten. Die Angeworbenen befinden sich in dem Glauben, sie verdienen monatlich rund 280 M., da der Zwangskurs des Rubels 2,17 M. beträgt. Dieser Zwangskurs kommt aber nur bei Lieferungen nach Deutschland in Anrechnung, die vorher mit der Regierung der UdSSR vereinbart sein müssen. Der Kurswert des Rubels in Rußland beläuft sich auf 50 bis 60 Pf., wogegen die Kaufkraft desselben beim Bezug aus den staatlichen Konjunktur, aus denen die wertfällige Bevölkerung ihre Waren beziehen kann, 1 Rubel = etwa 1 M. beträgt. In den ersten drei Monaten sollen 30 Prozent der Entlohnung an die Familie in Deutschland überwiesen werden und danach nur 15 Prozent. Ob die Familien nachgezogen werden, ist noch fraglich, und wird erst die Erfahrung lehren, wie sich die Ueberfremdung gestaltet.“

Es kann damit gerechnet werden, daß in Sowjetrußland für die nächsten Monate Ernährungsschwierigkeiten eintreten. Im Freihandel sind die Preise für Lebensmittel außerordentlich gestiegen, so werden z. B. für 1 Kilogramm Butter 7 Rubel gefordert (gegen 3 Rubel in 1928).

Von den Werbern selbst wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Vertragszeit vorläufig ein Jahr beträgt und bei einer Rückreise vor Ablauf dieses Zeitraumes der Bergmann die Reisekosten für sich und seine Familie selbst bezahlen mußte.

Wenn der gebotene Lohn für den Bergmann an und für sich schon unzulänglich ist, so ist es natürlich gänzlich ausgeschlossen, davon noch Erparnisse zu machen. Zu berücksichtigen ist auch bei allen diesen Angaben noch besonders, daß der russische Arbeiter bedeutend anspruchsloser in seiner Lebenshaltung ist als der deutsche.

Aus all diesen Gründen muß vom Standpunkt des Auswandererberaters von einer Arbeitsaufnahme unter den angegebenen Bedingungen dringend gemahnt werden.“

Diese Ausführungen des Reichswanderungsamtes, Zweigstelle Köln, stellen eine Bekräftigung unserer Feststellungen dar. Wir sind darüber hinaus in der Lage, noch auf eine Seite der Angelegenheit hinzuweisen, die auch den Unbelehrbaren zu denken geben sollte. Die KPD. hat Anweisung gegeben, keine Kommunisten, insbesondere Funktionäre, nach Rußland anwerben zu lassen. Es sollen sozialdemokratische, christliche und

nichtorganisierte Bergleute genommen werden. Auf den ersten Blick wird hierdurch der Eindruck erweckt, als sei es sicher, daß die Auswanderer in Rußland das beste Unterkommen fänden. Aber die Beweggründe für diese Anweisung der KPD. sind ganz andere. Die Leitung der KPD. ist nämlich davon überzeugt, daß den ausgewanderten deutschen Bergleuten in Rußland eine Enttäuschung bereitet wird. Sie konnte aber nicht gegen die Werbung Stellung nehmen — aus begreiflichen Gründen. Nun zieht sie sich durch die angeführte Anweisung aus der Klemme. Kehren enttäuschte nichtkommunistische Arbeiter aus den russischen Kohlengruben zurück oder berichten von dort in ihren Briefen nichts Gutes (soweit dieses bei der Zensur möglich ist), so kann man sagen, das seien sozialfaschistische Mächenschaften. Wenn aber kommunistische Auswanderer Anklagen erheben, dann wird die Situation bedrohlicher. Darum muß den deutschen Kommunisten das Sowjetparadies verschlossen bleiben!

Streit der belgischen Bergarbeiter.

Aus Brüssel wird uns geschrieben:

Schon seit längerer Zeit steht die Bergbauindustrie in Belgien, wie in allen anderen Ländern, in einer schweren Krise. Ein bezeichnendes Merkmal hierfür sind die Haldebestände, die von 300 000 To. im Dezember 1929 auf 1½ Mill. To. gestiegen sind.

Diese schwierige Situation ist natürlich nicht ohne Einfluß auf den Verkaufspreis der Kohle geblieben. Infolgedessen haben die Bergbaubesitzer im Monat März bei der nationalen Bergbaukommission, die paritätisch zusammengesetzt ist, um eine Verrückung der Löhne nachgesucht. Sie führten dabei außerdem als Grund an, daß die Lebenshaltungskosten gesunken seien, und zwar sei der offizielle Lebenshaltungsindex in den letzten Monaten von 890 auf 865 gesunken. In diesem Zusammenhange ist es gut, sich daran zu erinnern, daß unser Verband im Laufe des Jahres 1929 zweimal Lohn erhöhungen um insgesamt 9 Prozent durchgesetzt hat, die einzig und allein durch die überaus günstige Lage des Bergbaues bedingt waren.

Die Forderung der Bergbaubesitzer auf Herabsetzung der Löhne, der sich natürlich die Arbeitervertreter widersetzen, rief unter den Arbeitern große Unzufriedenheit hervor, um so mehr, da die Frage einer Erhöhung der Pensionsätze für Alter, Invalidität usw., die schon seit zwei Jahren beim Parlament anhängig war, immer noch unentschieden war.

Die Zentrale unseres Verbandes mußte sich mit der so geschaffenen Lage eingehend beschäftigen und berief sofort eine außerordentliche Versammlung ein. Die Lohnfrage wurde so geregelt, daß unser Verband sich mit einer Herabsetzung der Löhne um 9 Prozent ab 1. Juli 1930 einverstanden erklärte. Auch die Höhe der Pensionsätze war inzwischen geregelt, und zwar in einer überaus günstigen Weise für die Arbeitererschaft. Um ein Beispiel anzuführen: Ein Arbeiter von 55 Jahren, der 30 Jahre gearbeitet hatte, hatte nach der alten Regelung einen jährlichen Pensionsanspruch von 3 600 Fr. und nach der neuen Regelung annähernd 8 000 Fr. Diese neue Regelung sollte am 1. Januar 1931 in Kraft treten. Um eine so günstige Neuordnung zu erreichen, bedurfte es großer Anstrengungen unseres Verbandes. Als letztes Hilfsmittel hatte er für den 30. Juni eine vierundzwanzigstündige Arbeitsruhe beschlossen. Das war gerade in der Zeit, als das Parlament an die Besprechung des ihm vom Arbeits- und Handelsminister gemachten Vorschlages heranging. Gelegentlich dieser vierundzwanzigstündigen Arbeitsruhe hatte die Leitung unseres Verbandes in der Borinage eine große Kundgebung veranstaltet, bei der unter anderen auch unser Kamerad Delattre das Wort ergriff. Im Verlauf dieser Kundgebung fand der Gedanke eines großen Streiks, den unsere Kameraden aus der Borinage schon vorher gefaßt, sich aber mit den anderen Bezirken nicht hatten einigen können, viele Anhänger unter der Arbeitererschaft. Trotz aller Mahnungen zur Ruhe und Besonnenheit brach der Streik am nächsten Tage schon auf einigen Gruben aus. Anfangs erfaßte er von den in der Borinage beschäftigten Arbeitern nur 2000.

Nachdem der Streik einmal ausgebrochen war, berief die Verbandsleitung in der Borinage eine große Versammlung ein, um die durch den Streik geschaffene Lage zu prüfen. Die Versammlung stellte fest, daß der Streik entgegen dem Statut und den Regeln des Verbandes ausgebrochen sei. Sie verurteilte die Haltung der streikenden Arbeiter und schlug die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit vor.

Inzwischen war aber ein anderes Ereignis eingetreten, das die Lage wesentlich änderte. Die Besitzer der in Streik getretenen Gruben beriefen die Streikenden vor die Schiedsrichter, um die Arbeitsverträge zu lösen, außerdem verlangten sie Ersatz aller Verluste, die sie durch den Streik erlitten hatten. Diese beliefen sich je nach der Zahl der beschäftigten Arbeiter auf 80 000 bis 100 000 Fr. Da das Gesetz, auf das sich die Bergbaubesitzer bei ihrer Forderung stützten, rechtsgültig war (es ist das Gesetz von 1910 über den Arbeitsvertrag), mußte der Schiedsrichter die Arbeiter zum Ersatz dieser Verluste verurteilen.

Anstatt sich nun daraufhin den Anordnungen der Verbandszentrale zu fügen und die Arbeit wieder aufzunehmen, gingen die streikenden Arbeiter auch gegen die Schadenersatzansprüche vor und verleiteten auch die Arbeiter vieler anderen Gruben zum Streik. Aus diesem Grunde stieg in wenigen Tagen die Zahl der Streikenden auf ungefähr 15 000.

Die Verbandszentrale berief eine neue Versammlung ein, um die Situation zu klären. Nach Beratungen mit den Bezirksorganisationen beschloß der Verband, den geforderten Schadenersatz zu zahlen und sich an den Gouverneur der Provinz hainaut um Schlichtung der Streitigkeiten zu wenden. Daraufhin berief der Gouverneur die Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer und man einigte sich dahin, sich dem Urteil einer Schlichtungskommission, bestehend aus zwei Arbeitervertretern, zwei Bergwerksbesitzern und dem Gouverneur, zu unterwerfen. Der von der Schlichtungskommission gemachte Vorschlag wurde von den Delegierten der Arbeiter in einer Versammlung am 16. Juli nach längerer Debatte mit 70 Stimmen gegen 65 bei 20 Stimmenthaltungen angenommen. Der Vorschlag sah die Wiederaufnahme der Arbeit vor, der Streik wurde auch daraufhin sofort abgebrochen und am 19. Juli nahmen die letzten Arbeiter die Arbeit wieder auf.

Die nächste Aufgabe der Schlichtungskommission wird es sein müssen, zu dem von den Schiedsrichtern geforderten Schadenersatz Stellung zu nehmen.

So war die Entstehung und Entwicklung dieses Streiks, der ohne jede Ueberlegung angezettelt wurde. Hatte er doch auf die Entscheidung des Parlaments gar keinen Einfluß. Im Gegenteil: wenn er sich auf das ganze Gebiet ausgebreitet hätte, hätte die Regierung die Gelegenheit wahrgenommen, um ihren Vorschlag betreffend der Regelung der Pensionsansprüche zurückzuziehen.

Ein Streit gegen die Sozialversicherung?

In Nordfrankreich sind seit Wochen Lohnbewegungen im Gange, die bis Anfang August zu Streiks von 120 000 Arbeitern führten. Deutsche Unternehmerrundzeitungen stellen die Bewegung als Streit gegen die neuen Sozialversicherungsgesetze dar. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ freut sich sehr darüber, daß, nachdem die Sozialisten acht Jahre um die Sozialversicherung gekämpft und sie endlich durchgesetzt haben, nun die Arbeiter gegen die Versicherung streiken.

Erfreulicherweise sind diese Meldungen falsch. Am 1. August hat der Arbeitsminister Vertreter der Gewerkschaften und danach der Unternehmer empfangen. Nach der „Frankf. Ztg.“ haben die Vertreter der Streitenden dem Arbeitsminister mit aller Deutlichkeit klargemacht, daß die Forderung der Lohn erhöhungen, um die es jetzt geht, schon seit Monaten den Arbeitgebern bekannt war. Als infolge des Sozialversicherungsgesetzes die Beiträge der Arbeitnehmer abgezogen wurden, ist das Unzulängliche der derzeitigen Löhne natürlich doppelt schmerzhaft empfunden worden, und der Streik war nicht mehr aufzuhalten. Es sei den Gewerkschaften durchaus klar, daß es sich bei dem Sozialversicherungsgesetz nicht um eine einseitige Unterstützungsaktion für die Arbeiter handle, sondern um eine Gemeinschaftsleistung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern an einer gemeinsamen sozialen Aufgabe. Aber wenn jetzt die Arbeitgeberverbände als Prämie für ununterbrochenen Jahresdienst versprechen, den Anteil, den die Arbeiter für die Sozialversicherung zu entrichten haben (5 Prozent vom Lohn), selbst auf sich zu nehmen, so werde es mit dieser „Treuprämie“ den Arbeitern erschwert, die Diskussion über die Löhne an sich tatkräftig fortzuführen. Da die Kommunisten aus demagogischen Gründen die Sozialversicherungsgesetze immer bekämpft haben und jetzt durch ihre gewerkschaftliche Organisation in der Streikbewegung eine nicht geringe Rolle spielen, versteht man, in welche Schwierigkeiten die Sozialisten hineingeraten, wenn sie nicht deutlich genug machen, daß sie an dem Streik teilnehmen, ohne damit das Prinzip der Sozialversicherung angreifen zu wollen. Immerhin mußte es nach den Erklärungen der Confederation, die von den Darlegungen der christlichen Gewerkschaften bestätigt wurden, der antisozialistischen Presse nicht mehr erlaubt sein, ihre Berichte über die Streikbewegung mit der ständigen Ueberschrift „Der Kampf gegen die Sozialversicherung“ zu versehen.

Der französische Arbeitsminister hat später Vertreter der Arbeitgeberchaft empfangen und hören müssen, daß die Forderungen der Streitenden ohne weiteres abgelehnt werden. Eine Aussicht, die Verhandlungen fortzusetzen, ist also nicht gegeben.

Auch der „Deutsche“, das den christlichen Gewerkschaften nahestehende Zentrumsblatt, schrieb über den „Generalstreik gegen die Sozialversicherung“. Es ist deshalb von Interesse zu lesen, was der Internationale Gewerkschaftsbund (I.G.B.) über den Streik mitteilt:

„Die kommunistischen und konservativen Zeitungen Frankreichs wollen die Welt glauben machen, daß es bei den großen Streiks in Nordfrankreich gegen die Sozialversicherung im allgemeinen und die Bezahung des Beitrags der Arbeiter im besonderen geht. Der Wunsch ist dabei Vater des Gedankens. Der Umsturz ist das Programm der Reaktionen von rechts und von links. Deshalb können sie natürlich nicht dafür sein, daß dem Arbeiter durch Sozialversicherung mehr Existenzsicherheit gegeben wird.“

Nicht erst jetzt, sondern schon lange vor der Annahme des Sozialversicherungsgesetzes ist die Reaktion mit dem Argument auferückt, daß durch die Sozialversicherung die Lebenshaltung verteuert werde. Noch mehr: schon bevor das Gesetz in Kraft getreten ist, sind als Abschreckungsmittel die Preise erhöht worden. In wie vielen Kreisen diese sonderbaren Auffassungen über die „sozialen Pflichten“ eines Staatsbürgers bereits Fuß gefaßt haben, zeigt ein Schreiben des französischen Handelsministers an die Präsidenten der großen Handels- und Industrieverbände, in dem darauf hingewiesen wird, daß diese Preiserhöhungen (die in einzelnen Fällen bereits bis zu 40 Prozent betragen) zum Sozialbeitrag, der höchstens 5 Prozent beträgt, in keinem Verhältnis stehen. „Diese Preiserhöhungen“, heißt es in dem Zirkular weiter, „die durchaus ungerechtfertigt sind und zu den Anweisungen der großen Mehrheit der Handelskammern in direktem Gegensatz stehen, können höchstens eine künstliche und sprunghafte allgemeine Verteuerung des Lebensunterhaltes zur Folge haben und gleichzeitig dazu beitragen, den Anstrengungen der Behörden entgegenzuwirken. Wenn die natürliche Entwicklung nicht durch äußere störende Faktoren behindert wird, kann und muß das Sozialversicherungsgesetz ohne spürbare Preiserhöhungen durchgeführt werden können!“ Vom Standpunkt der Unternehmer aus soll die Inkraftsetzung des Sozialversicherungsgesetzes offenbar darauf hinauslaufen, daß die Arbeiter nicht nur ihren eigenen Beitrag, sondern indirekt auch noch den Beitrag der Unternehmer zu zahlen haben. Um diesen Beitrag des Unternehmers geht es letzten Endes, ferner um die Hungerlöhne, die für gewisse Industrien und Gegenden Frankreichs (mit und ohne Sozialversicherung) allzeit genügend Grund sind, um in den Streik zu treten.

Daß die Dinge wirklich so liegen, zeigt das Verhalten der Streikenden selbst. So haben die Vertreter des Gewerkschaftsartikels des Streikzentrumms Lille einen Beschluß angenommen, der u. a. besagt: „Wir sind uns der Wohltaten des Sozialversicherungsgesetzes bewußt und tadeln die Haltung gewisser sogenannter Gewerkschaftsführer, die den im Streik stehenden Organisationen fernstehen, in den Streikorten Fremde sind und versuchen, aus einer gewerkschaftlichen Aktion einen politischen Streik zu machen.“

George Buison (sozialpolitischer Sachverständiger des französischen Gewerkschaftsbundes), der in Zusammenarbeit mit den dem Gewerkschaftsbund angehörenden Organisationen (und somit auch den im Streik stehenden Verbänden) während Jahren in unermüdlicher Arbeit den Kampf für die Sozialversicherung geführt hat, erwidert auf die falschen Darstellungen der kommunistischen und konservativen Presse:

„Seit Jahren haben sich die Arbeiter der öffentlichen Dienste für den Beitrag der Versicherten zur Sozialversicherung ausgesprochen. Auch die Arbeiter der Privatindustrie sind dafür. Sie verlangten diesen Beitrag, um der bedauerlichen Lage eines Proletariats ein Ende zu machen, das unter so verschiedenen Lebensbedingungen in zwei Kategorien gespalten ist, wobei die eine ohne Garantien (Industriearbeiter) und die andere ohne Freiheit (Staatsangestellte) ist. Verstehen wir uns richtig! Wir sind für den Beitrag der Versicherten und wir wollen, daß es von den Arbeitern bezahlt wird als Gegenleistung für die Vorteile, die ihnen das Gesetz bringt. Das Gesetz sieht jedoch nicht einen Beitrag für die Unternehmer vor, und wir wollen nicht, daß dieser Beitrag des Unternehmers ebenfalls vom Arbeiter getragen wird!“

HAUS UND LEBEN

Die Frauen und der 14. September.

Am 14. September wird zum Reichstag gewählt. Alle Männer, Frauen und Mädchen über 20 Jahre haben das Wahlrecht.

Wahlrecht ist Wahlpflicht

für jeden vernünftigen Menschen! Der Reichstag macht die Gesetze. Wie die Arbeitszeit geregelt wird, wie es mit dem Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter steht, bestimmt er. Gerade darüber hat der neue Reichstag zu bestimmen, wenn er dem Bergarbeitsgesetz und dem allgemeinen Arbeitsschutzgesetz endgültige Gestalt gibt. Er bestimmt auch, direkt und indirekt, den Lohn, das Einkommen des Arbeiters! Er schreibt nicht vor, wieviel Mark und Pfennig der einzelne Unternehmer dem Arbeiter an Lohn zahlen soll, aber er bestimmt über Tarif- und Arbeitsrecht, das die Organisation in den Stand setzt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Er entscheidet notfalls auch durch Schiedsprüche direkt! Es kommt ja auch nicht darauf an, wieviel Mark der Mann am Lohn tag nach Hause bringt, sondern es kommt darauf an, was die Frau für den Lohn kaufen kann!

Das hängt aber in weitem Umfang von der Art der Gesetzgebung ab, die wir haben. Wenn Millionen von Männern und Frauen so dumm sind, Leute aus dem Bürgertum, alte Militärs und Großgrundbesitzer, reiche Bankiers und Unternehmer oder ihre Geschäftsführer in den Reichstag zu wählen, sind sie schuld, wenn eine arbeiterfeindliche Reichstagsmehrheit zustande kommt!

Eine solche arbeiterfeindliche Mehrheit hatte der alte Reichstag!

Dieser alte Reichstag trieb nach dem Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung eine unnützige Zollpolitik. In diesen Wochen, wo alles nach Preisabbau schreit, besagen die amtlichen Mitteilungen über die Kosten der Lebenshaltung, daß sie von 147 im Mai auf 147,6 im Juni und 149,3 im Juli gestiegen sind!

So sieht der Preisabbau aus!

In die Zollgesetze hatte die Sozialdemokratie voriges Jahr Sicherungen gegen übermäßige Preissteigerungen hineingebracht. Der Bürgerblock hat sie beseitigt, die Zölle unnützlich erhöht, die Einfuhr von Gefrierfleisch unterbunden!

Um der

Geldnot in der Reichskasse

abzuhelfen, schlugen die Sozialdemokraten vor:

Beschränkung der Ausgaben, insbesondere für Heer und Marine,

Abbau hoher Pensionen und Gehälter,

10 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer für größere Einkommen,

Kopfsper für Beamte usw., die nicht von Erwerbslosigkeit betroffen werden, dabei sollten Einkommen bis

3000 M. frei bleiben und hoher Familienstand berücksichtigt werden.

Für die Arbeitsbeschaffung

verlangten die Sozialdemokraten Zinsverbilligung, Zollerhebung, produktive Erwerbslosenfürsorge und Wohnungsbau. Vor allem verlangten sie

Sicherung der sozialen Versicherungen!

Statt dessen hat die Regierung Brüning durch verfassungswidrige Notverordnung

die Arbeitslosenversicherung um 100 bis 120, die Krankenversicherung um 350 bis 400 Mill. M.

„entlastet“, indem sie unglaubliche Verschlechterungen einführte! (Vest die Artikel in dieser Nummer: „Das Verbrechen an den Arbeitslosen“ und „Abbau der Krankenversicherung“!) Ist es nicht ein Skandal, daß eure Männer nun für jeden Krankenschein und jedes Rezept je 50 Pf. zahlen sollen?

Laßt euch nicht irreführen durch die Lüge, daß die Sozialdemokraten kein Geld bewilligen wollten, um die Arbeitslosenversicherung aufrechtzuerhalten! In völliger Uebereinstimmung mit den freien Gewerkschaften hat die Sozialdemokratie Vorschläge für den Ausgleich in der Reichskasse und für die Sicherung der Sozialfürsorge gemacht. Aber sie wollten,

daß die Reichen und Reichsten von ihrem Ueberfluß zahlen, nicht aber, daß man den Ärmsten, Arbeitslosen und Kranken noch ein Stück Brot mehr aus der Hand reißt!

Frauen und Mädchen! Lernt aus diesen Lektionen! Was freie Gewerkschaften und Sozialdemokraten in jahrzehntelangen Kämpfen erreicht haben, steht auf dem Spiel, wenn wieder ein arbeiterfeindlicher Reichstag zustande kommt!

Beteiligt euch an der Wahl! Wählt sozialdemokratisch!

Warum der Pfarrer zur Sozialdemokratie kommt.

Der siebzigjährige Pfarrer Dr. Ernst Lehmann in Mannheim, früher Kampfgenosse Friedr. Naumanns und dann lange Jahre führend in der Demokratischen Partei, ist nach deren Bündnis mit dem Jungdo in der neuen Staatspartei zur Sozialdemokratie übergetreten. Er ist ja schon längst nicht mehr der einzige Pfarrer, der zur Sozialdemokratie kam. Auf dem jüngst abgehaltenen Tag der religiösen Sozialisten trat eine Reihe von Geistlichen und theologischen Universitätsprofessoren auf, die sich zur Sozialdemokratie bekennen.

Die deutschen Sozialdemokraten und die freien Gewerkschaften haben oft und scharf Stellung nehmen müssen gegen kirchliche Organisationen oder gegen Geistliche, die sich dem Befreiungskampf des Proletariats in den Weg stellten, den Unternehmern halfen oder direkt unsere Organisation für ihre Anhänger verboten. Das hat nichts genützt. Fünf Millionen zählt unsere Gewerkschaftsarmee, über neun Millionen wählten sozialdemokratisch! Nur ein sehr geringer Prozentsatz von diesen Millionen ist aus der Kirche ausgeschieden. Allen

ändern irgendeinen Vorwurf aus ihrer Kirchenghörigkeit zu machen, fällt uns ja nicht ein. Man zeige uns einmal, wo wir uns gegen das religiöse Gefühl des einzelnen gewandt haben!

Richtig aufgefaßtes Christentum ist sehr wohl vereinbar mit Idee und Ziel der modernen Arbeiterbewegung! Deshalb begrüßen wir jeden ehrlichen Mitkämpfer, woher er auch komme. Was dem Uebertritt Dr. Lehmanns besondere Bedeutung gibt, ist die Begründung seines Schrittes. Wir entnehmen ihr:

„Wenn ich als fast Siebzigjähriger mich noch zu diesem Schritt entschlossen habe, so erfordert derselbe auch eine besondere Begründung. Wenn ich komme zu der SPD, als einer, der, von Beginn seiner pfarramtlichen Wirksamkeit an in engster Fühlung mit dem werktätigen Volk, unter der Führung Friedrich Naumanns in die Politik hineingegangen ist. Ich habe dann mit Naumann und seinen Anhängern den gemeinsamen Eintritt in die sich heute deutsch-demokratisch nennende Partei vollzogen und in deren Auftrag auch einige Male zum Badischen Landtag kandidiert. Seither habe ich aber in steigendem Maße die Beobachtung gemacht, daß die Deutsch-Demokratische Partei den meiner Ueberzeugung nach für das Volkwohl notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben, um deren Notwendigkeit ich meine politischen Freunde mit mir dereinst der Partei angegeschlossen hatten, infolge ihrer Zusammensetzung nicht oder nicht mehr gewachsen ist. Diese Beobachtung ist mir zur Gewißheit geworden angesichts der Vorgänge, die sich im Hintergrund des auch von den Demokraten mit unternommenen Experiments des Brüning-Blocks abgespielt haben und noch abspielen: ich sehe in diesen Vorgängen nur zu deutlich

den planmäßigen und konzentrischen Angriff des Kapitalismus, des sich hinter dem Schlagwort der Kapitalbildung verdeckenden reinen Renteneinkommens, gegen die Arbeit und ihre gerechte Entlohnung.

Wenn, um nur eines herauszugreifen, die S. G. Farbenindustrie als das größte deutsche Industrieunternehmen mit einem reinen Barvermögen von über 100 Mill. M. trotz bereits im deutschen Vaterland vorhandener vieler hunderttausender Arbeitsloser

in dem einen Jahr 1929 durch die Entlassung von über 20 000 Arbeitern und Angestellten eine Summe von etwa 56 Mill. M. einpart, um damit, ganz zu schweigen von den Lantimen und Spitzgehältern ihrer Aufsichtsräte und Generaldirektoren, die doppelte Summe, nämlich 112 Mill. Mark, in Gestalt einer vierzehnjährigen Dividende über ihre nicht mitarbeitenden Aktionäre „auszuschütten“, so ist das gewiß eine kapitalistische Brutalität erschreckender Art.

Wenn dazu aber dieselbe Unternehmung durch ihre in den verschiedensten bürgerlichen Parteien sitzenden Aufsichtsräte die Front derer verstärkt, welche die Lasten der wesentlich durch sie verursachten Arbeitslosigkeit systematisch auf die Schultern der durch sie in ihrer ganzen Arbeitseristenz erschütterten Kreise abzuwälzen suchen, so ist das allerdings ein Fanal, wie es mit der wirtschaftlichen die politische Lage innerhalb unseres deutschen Vaterlandes nicht gut greller beleuchten kann.

Angesichts dieser Lage führen meine eigenen politischen Anschauungen nun auch mich noch, ebenso wie meinen langjährigen Parteifreund Anton Erkelenz, in die Reihen der Sozialdemokratischen Partei, welche mir die gekennzeichnete Lage allein zu durchschauen und aus dieser Erkenntnis heraus den unumgänglichen Kampf für die Arbeit und das werktätige Volk zielbewußt und besonnen zu führen sucht.“

Möchten doch Millionen werktätiger Männer und Frauen, die unserem Kampf bisher fernstanden, solche Worte beherzigen und uns mithelfen in unserem Kampf für das Volkwohl an der Seite der Sozialdemokratie!

Immer dies Proletenleben?

Eine Ballade.

Vorher muß man dieses wissen:
Er war zwar ein Kind der Ruhr,
Doch sein Ahnherr war kein Thyssen,
Bergmann — Kumpel — war er nur.
Schuften, schuften! war Parole,
Schuften — täglich Doppelschicht!
Das geschah zu weissen Wohle?
Na, zu seinem sicher nicht!
Er: sein Leben lang ein Schlucker,
Wärmer noch als du und ich!
Schlotbarone: reiche Mucker!
Ordnung! So gehört es sich!

Wermlich waren ihre Leute,
Fuhrmann bloß der Herr Papa,
Der vor keiner Last sich scheute.
Und in punkto Kinder — na,
Dafür sorgt' der Herr da droben!
Und was weiterhin geschah?
Kurzer Hinweis: siehe oben!

Immer geht im Kreis das Leben...
Eins und zwei und drei und vier...
Sch'leut' soll'n sich Mühe geben...
Fünf und sechs — das macht Pfäffler!
Doch das ist noch nicht das Ende,
Denn es waren schließlich neun,
Und die Oma schlug die Hände
Ueber'm Kopf zusammen. — Nein,
Knäblein: zwö und sieben Puten?!
Das war doch zuviel des Guten!

Aus den Kindern wurden Leute.
Und, wie's nun im Leben geht:
Arm geboren, also heute
Jedes Kind ein Volk-Prolet!

Werden sie sich Mühe geben?
Mit dem Ziele: 9 mal 9?!
Immer dies Proletenleben?
Das sollt' nicht zu ändern sein?!

Fernand Korthaus.

Anna.

Anna Berg schaut aus dem Fenster auf die Straße. Es ist nachmittags gegen 3 Uhr. Gleich muß Bruno, ihr Mann, von der Schicht kommen. Die drei kleinen Kinder sitzen schon am Tisch. Sie klappern unruhig mit den Löffeln und sehen sehnsüchtig zum Ofen, wo das Essen steht. Viel gibt es nicht. Die dauernden Feierschichten schmälern den Verdienst des Vaters und graben Furchen der Not in das Antlitz der lieben Mutter. Heute ist Lohn tag. Es gibt Klöße mit Fleisch und hinterher Pudding. Sonst gibt es nur immer Erbsen, Bohnen oder Gemüße. Mutter kann nichts anderes kochen. Das Geld fehlt.

Anna sieht noch immer durchs Fenster. Endlich kommt Bruno. Nachlässig hängt seine Kaffeesackche von der Schulter. Seine Mühe sitzt schief auf dem Kopf. Schlürfenden Schrittes kommt er näher. Maschinentärm, die Arbeit in Staub und Qualm haben ihn müde und abgepannt gemacht. Brunos Gesicht zeigt Spuren von Müdigkeit und Aergern. Anna lächelt grüßend. Bruno verzieht seinen Mund und erwidert schwach den Gruß. Anna ahnt den Kummer ihres Mannes. Er wird wieder keinen Lohn tag bekommen haben, denkt sie. Der Mann kommt herauf. Die drei Kinder verlassen den Tisch und umringen den Vater. Nacheinander nimmt er sie auf den Arm und küßt sie. Dann zieht er seinen Rock aus, wäscht sich die Hände und setzt sich an den Tisch. Anna bringt das Essen. Die drei Kinder schmunzeln. Es gibt ja Klöße mit Fleisch und hinterher Pudding.

Während des Essens fragt Anna ihren Mann nach dem Geld. „Lohn tag hab' ich nicht bekommen, Anna“, sagt Bruno. „Wir haben vorigen Monat nur 8,80 M. verdient. Sieben Feierschichten, so daß es nur 18 Schichten sind: ergibt einen Lohn von 138,40 M. Davon gehen für Miete, Knappschaftsbeiträge und Steuern weit über 40 M. ab. Diesen Monat geht es genau so. Wir standen einigermassen mit unserem Lohn. Jetzt kommt der Steiger her, stoppt einen Mann dabei und läßt uns in der Strecke Reparatur machen. Bloß, damit wir nicht zu „hoch“ mit dem Lohn kommen. Heute bringe ich 35 M. Abschlag. Davon

Die 33. Beitragswoche
läuft vom 10. bis 16. August 1930

Die Kameraden wollen um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein!

„sollen wir nun zehn Tage leben!“ Er seufzte tief. „Es ist zum Verzweifeln. Die hohen Beamten und Direktoren schluden das Geld weg. Wir müssen arbeiten, arbeiten und können fast dabei hungern.“ „Zum Teil unsere Schuld, Bruno.“ „Wie?“ „Anna jah ihren Mann eine Weile stumm an. Sie war besessen und hatte längst den Wert des Verbandes erkannt. Wiederholt hatte sie Bruno mit überzeugender Kraft und Klarheit den Gewerkschaftsgedanken geschildert. Bruno gab klein bei. Aber er scheute das Geld für den Beitrag.“ „Bruno,“ beginnt nach einer Weile die junge Frau, „du siehst Tag für Tag, wie uns das Geld mehr und mehr über den Kopf wächst, wie die Unternehmer euch schikanieren und schinden, aus euren zerfahrenden, müden Gliedern ihre Profite pressen. Wann siehst du endlich ein, daß der Unternehmer mit euch macht, was er will, solange ihr Männer uneinig, zerplittert, der organisierten Macht der Unternehmer gegenübersteht? Verzinkt, gleichgültig, interesselos, mit Schimpfen und Kritizieren erreicht ihr nichts. Wären alle organisiert im Bergbauindustriearbeiterverband, so würden die Unternehmer Respekt vor euch haben. Der Verband ist der Bürge unserer wirtschaftlichen Lebensrechte. Weder Urlaub noch Arbeits- und Tarifrechte hätten wir ohne den Verband!“ „Das ist dein ewiges Lied, welches du mir vorsingst“, gibt Bruno zur Antwort. „Etwas nicht mit Recht, Bruno? Wenn ihr Männer das nicht einseht, müssen wir Frauen euch eben aufklären. In unseren Händen liegt der Haushalt. Wir müssen mit dem Gelde wirtschaften, das ihr bringt. Es ist noch lange nicht gleich, ob durch eine starke Organisation die Löhne erhöht werden und somit unsere Lebenshaltung sich verbessert, oder ob durch eure Gleichgültigkeit und Trägheit des Denkens die Unternehmer euch mit Hungerlöhnen abpeisen. Wir Frauen spüren die Not am meisten.“

„Ich weiß nicht, Anna, daß du für solche Dinge Interesse zeigst. Die andern Frauen kümmern sich ja nicht um solche Dinge.“ „Leider schlafen sie. Aufklärung und Schulung ist eben bitter notwendig. Wissen ist Macht.“ So geht es hin und her. Anna macht, wie schon öfter, Bruno alles klar. Bruno gibt zu und wird kleinlaut. Nach einer Weile angestrengten Ueberlegens sagt er: „Ich geh in den Verband. Aber wie ist es mit dem Bezahlen?“ „Ich will dir was sagen, Bruno: wir bestellen die Versicherung mit der bürgerlichen Wochenzeitung ab. Das macht über vier Mark im Monat.“ Bruno wollte nicht. „Ja“, sagt Anna, „wer kämpfen will, muß opfern können.“ „Du hast recht, Anna!“

Jede Woche kam nun der Viertelkassierer und brachte die Verbandszeitung, die Bruno nun aufmerksam las. Anna liebte ihren Mann jetzt mehr als früher, denn nun war er wirklich ihr Kampf- und Lebensgefährte geworden. Walter Geier.

Die Krise der deutschen Sozialpolitik.

Wie schon im Vorjahre, so sind auch in diesem die Angriffe auf die Arbeitslosenversicherung gerade anlässlich der Beratung des Reichsetats auf ein Höchstmaß gestiegen, das nicht leicht überbietbar erscheint. Und deutlicher noch als im Vorjahre erwies sich diesmal, daß es den Leuten, die nach Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung rufen, gar nicht so sehr um die Reform der Organisation, Beiträge und Leistungen dieser Einrichtung handelt. Sie wollen vielmehr gewisse, auch von Arbeitnehmersseite nicht geleugnete kleine Mängel der Reichsanstalt zum willkommnen Anlaß nehmen, unverschämter, brutaler und ohne Umschweife Attacken gegen die gesamte Sozialversicherung zu reiten. Sie wollen die steigenden Zuschüsse, die das Reich der Arbeitslosenversicherung zu zahlen hat, auf das Schuldkonto der Reichsanstalt schreiben, anstatt auf die Wirtschaftskrise, die erst dieses Arbeitslosenseind hervorrufen. Ja, wenn wir es schärfer formulieren: es geht bei diesen Angriffen nicht bloß gegen die Sozialversicherung. Es geht um die ganze deutsche Sozialpolitik!

Daß die Heftigkeit der Angriffe gegen die deutsche Sozialpolitik zur Zeit der Budgetberatung eine besonders starke ist, erscheint verständlich. Das Parlament ist der Ort, von wo Beschüsse ausgehen können, die eine praktische Verwirklichung der sozialreaktionären Wünsche des kapitalbesitzenden Bürgertums bedeuten. Die Haushaltsberatungen sind der Anlaß par excellence, diese Wünsche vorzubringen. Die ungewöhnliche Heftigkeit, mit der die Sozialreaktion gegenwärtig ihre Forderungen vertritt, das in die Augen fallende Maß der Steigerung ihrer Angriffe auf die sozialpolitischen Errungenschaften im Verhältnis zum Vorjahre erklärt sich aber nicht aus der Aktualität der Budgetberatung.

Die Erklärung kann uns nur eine Analyse der gegenwärtigen wirtschaftlichen und soziologischen Situation des Kapitalismus und des Bürgertums geben. Sie kann uns auch werden aus einer grundsätzlichen Betrachtung der deutschen Sozialpolitik und der sozialpolitischen Bewegung. Einige Striche dieser analytischen Betrachtung seien hier versucht.

Die „Krise“ der deutschen Sozialpolitik.

Seit Jahren hören wir immer wieder das Wort von der „Krise“ der deutschen Sozialpolitik. Worin besteht die Krise? Der bürgerliche Sozialpolitiker beantwortet diese Frage so, daß er sagt: mehr als vor dem Kriege vermehren sich die Angriffe auf unsere Sozialpolitik. Man verlangt mit verbreiteter Gegnerschaft ihre radikale Wenderung, besonders ihrer Methoden. Das sei der Ausdruck einer „Krise“, in der sie sich befinde. Ursache der Krise wäre der zu große Umfang, den die sozialpolitischen Maßnahmen und Einrichtungen gesetzlicher und freiwilliger Art seitens des Reiches, der Länder und Gemeinden angenommen hätten. Dieser Umfang müsse „zurückgeschraubt“ werden. Der Arbeiter müßte wieder mehr zu persönlicher Verantwortlichkeitsbewußtsein gelangen, das die heutige Sozialpolitik ertöte.

Daß diese Antwort nicht befriedigt, ist leicht ersichtlich. Welche Stelle könnte „objektiv“ darüber urteilen, ob der Umfang unserer Sozialpolitik ein zu weiter geworden ist? Keine. Das sind politische Entscheidungen. Auf eines weist diese „Erklärung“ der Krise unserer Sozialpolitik aber hin: auf die grundsätzliche Seite des Problems. Für die deutsche Sozialpolitik besonders des letzten Jahrzehnts ist kennzeichnend, daß fast stets die tagespolitische Behandlung eines Einzelproblems aus diesem weiten Gebiete zur Aufrollung des Gesamtproblems führte, zu einer „Auseinandersetzung“ über die grundsätzliche Einstellung zur Sozialpolitik. So haben auch heute die Kämpfe um die Arbeitslosenversicherung im speziellen, die Abwehr der Kürzungsabsichten bei den Sozialausgaben des Reiches im allgemeinen erneut zu grundsätzlicher Entscheidung über die Stellungnahme zur Sozialpolitik gezwungen. Für den Sozialisten heben sich dabei die Fronten recht schnell ab.

Die deutsche sozialpolitische Bewegung.

Im ersten Augenblick muß es dem leidenschaftslosen Betrachter sonderbar erscheinen, warum sich soviel Gegnerschaft gegenüber der Sozialpolitik zeigt. Denn die Zahl derer, die wirklich alle und jede Sozialpolitik ablehnen, dürfte sehr gering sein. Abgesehen von den sozialpolitischen Einrichtungen selbst, die für sich schon die einflussreichsten Vertreter der Sozialpolitik darstellen, haben wir ein Schloß sozialpolitischer Vereinigungen neben den Gewerkschaften und Arbeiterparteien, die alle das Wort „Sozialpolitik“ auf ihr Banner geschrieben haben. Darunter ist der „Verein für Sozialpolitik“, der ein geistiges Zentrum aller ernsthaften sozialpolitischen Bestrebungen darstellt und jahrzehntlang einen starken Einfluß auf die Öffentlichkeit ausgeübt hat. Da ist die „Gesellschaft für soziale Reform“, der auch die freien Gewerkschaften angehören, die sich von Anbeginn ihrer Tätigkeit um die Lösung praktischer sozialpolitischer Aufgaben bemüht hat und in ihrem Einfluß gewiß nicht unterschätzt werden darf, den sie durch die Mitgliedschaft der Gewerkschaften und Arbeitgeber sowie vieler staatlicher, kommunaler und sonstiger öffentlicher Körperlichkeiten wie auch zahlreicher Verbände hat, die sich für sozialpolitische Ziele einsetzen. Da haben wir die beachtliche Tagung dieser Gesellschaft im Oktober v. J. in Mannheim gehabt, auf der niemand — weder ein bürgerlicher Sozialpolitiker, noch ein Unternehmer — den wirtschaftlichen Wert der Sozialpolitik grundsätzlich bezweifelt hat! Da haben wir also in Deutschland eine umfangreiche und einflussreiche sozialpolitische Bewegung — und dennoch zugleich eine Heze gegen die Sozialpolitik, die glauben lassen möchte, daß diese nicht bestünde.

Aber sie besteht — und ist vielfach ihr eigener Gegner. Denn: selbst die Kritiker, die in ihren Angriffen auf das Objekt „Sozialpolitik“ am ungebärdigsten vorgehen, rechtfertigen das mit angeblich — sozialpolitischen Erwägungen. „Die Sozialpolitik kann nur erhalten werden, wenn sie sich auf wenige Gebiete beschränkt.“ Wenn die Reichsfinanzen in Gefahr sind, muß eine Sanierung erfolgen, selbst auch auf Kosten der Sozialausgaben.“ Die Wirtschaftskrise kann — zugunsten des Arbeiters — nur beseitigt werden, wenn der Abbau der starren Löhne und Arbeitslosenversicherung Impulse zur Anturbelung der Wirtschaft geben.“ Wir kennen diese Melodien zur Genüge, mit denen „Hüter der Sozialpolitik“ gegen die Sozialpolitik sind, so daß sich der paradoxe Satz ergibt: die meisten Gegner der deutschen Sozialpolitik stammen aus der sozialpolitischen Bewegung! Wie läßt sich dieser scheinbare Widerspruch auf?

Sozialpolitik von „oben“ und „unten“.

Es ist bekannt, daß die deutsche Sozialpolitik ursprünglich von „oben“ gemacht wurde, nämlich insbesondere den Militärs. Diese Sozialpolitik von oben ist bis fast zur Jahr-

hundertwende zu beobachten. Sie sollte das Mittel sein, der sozialistischen Arbeiterbewegung das Wasser abzugraben.

Darum ist es verständlich, daß die Arbeiterbewegung dieser Sozialpolitik — die sehr stark Fürsorgepolitik war — feindselig und ablehnend gegenüberstand. Sie mußte ihr als das „Zuckerbrot“ erscheinen, das die herrschenden Klassen dem Arbeiter gaben, um ihn von der Verfolgung seiner Ziele abzuhalten. — Erst als die Gewerkschaftsbewegung stärker und die Sozialdemokratie einflussreicher im Reichstag wurde, hat sich dieser Sozialpolitik von oben langsam die von „unten“ hinzugesellt, um heute Hauptstütze und entschiedenster Kämpfer für die Rechte der Arbeiter zu sein.

Von „oben“ und von „unten“ ausgehend, ist es verständlich, daß die sozialpolitische Bewegung — und nicht nur die Deutschlands — einen zwiespältigen Charakter haben muß. Bei erster Betrachtung erscheint sogar ein vielfaches Wesen, denn die sozialpolitische Front geht quer durch die Parteien und um die Parteien. Sie ist nicht einmal — wenn man genau sein will — auf den Gegensatz zu bringen: Arbeitgeber — Arbeitnehmer. Wird sie auch durch die Parteien in Frontabschnitte geteilt, so doch nicht in dem Maße, als daß nicht daneben sehr vieles bestehen bliebe, das nicht so ohne weiteres in den parteipolitischen Rahmen einzuordnen wäre.

Das Gesicht der deutschen sozialpolitischen Bewegung erscheint dergestalt zunächst sehr verschwommen. Tausend Begründungen — tausend Forderungen, Widersprüche und Einschränkungen, kurz: es gibt nicht die sozialpolitische Bewegung, es gibt viele Lager und Gruppen, denen ein wirklich einmütiger Wille fehlt, der sie zu einer vorwärtstreibenden Macht gestalten könnte. Das ist eine Ursache dafür, daß die Angriffe auf die Einrichtungen der Sozialversicherung einen derartigen Umfang finden konnten, daß sie auf keinen organisierten Widerstand aller Anhänger der sozialpolitischen Bewegung stieß, daß diese im Gegenteil erst vielfach die Kompromisse stellten, die mit dem Metermaß nachrechneten, ob der Umfang unserer Sozialpolitik nicht schon ein zu weiter geworden sei.

Diese idelle Schwäche der deutschen sozialpolitischen Bewegung — das ist die wahre „Krise der Sozialpolitik“! Und diese Krise ist nichts anderes als ein Ausdruck für den Gegensatz zwischen bürgerlicher und sozialistischer Sozialpolitik.

Bürgerliche und sozialistische Sozialpolitik.

Sozialpolitik von „oben“ und Sozialpolitik von „unten“ — sie treffen sich wohl in vielen Punkten; aber das Verschiedene ihrer Ausgangspunkte und das Verschiedene ihres Zielstrebens bleibt bestehen. Bürgerliche Sozialpolitik will Sozialreform, sozialistische Sozialpolitik will Sozialrevolution.

Der bürgerliche Sozialpolitiker will „Schäden“ und „Auswüchse“ beseitigen bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung der heutigen Gesellschafts- und Eigentumsordnung. Er will durch „Reformen“ die heutige Klassenspannung mildern. Darum kann er auch nur bedingter Anhänger der Sozialpolitik sein, denn in dem Augenblick, wo nach seiner Ansicht diese „Auswüchse“ usw. verschwunden sind, ist Sozialpolitik logisch überflüssig. Es ist denkbar, daß er einmal, wie seinerzeit im Liberalismus, zu der Auffassung gelangt, daß die beste Sozialpolitik darin bestünde, daß man der Wirtschaft volle Freiheit lasse, sich selbst zu regeln. Aus dieser Haltung heraus und aus der Tatsache, daß die Anschauungen über das, was als „Auswuchs“ zu gelten, und über das Maß der „Klassenangleichung“ stets verschieden sein werden, resultiert die unsichere, die nur bedingte Haltung der bürgerlichen Sozialpolitik. Daraus resultiert die sonderbare Tatsache, daß man kaum noch von den Mißverhältnissen in der Gesellschaftsorganisation spricht, die mit Hilfe der Sozialpolitik zu mildern oder zu beseitigen wären, als vielmehr von „Auswüchsen“ in der Sozialpolitik selbst. Daraus resultieren dann natürlich auch die sonstigen Angriffe auf unsere Sozialpolitik. Diese Krise ist eine chronische! Sie ist die Krise der bürgerlichen Sozialpolitik.

Im Gegensatz hierzu steht der sozialistische Sozialpolitiker auf dem Standpunkt, daß durchgreifende soziale Politik notwendig am Bestande der Gesellschafts- und Eigentumsordnung rütteln muß. Reformen sind nur Behelfsmittel. Sozialismus tut not. Sozialpolitik (als Hauptpunkt sozialistischer Wirtschafts- und Kulturpolitik) ist daher Bestandteil des Klassenkampfes. Darum ist — überprüft ausgesprochen — der Arbeiter unbedingter Anhänger der so verstandenen Sozialpolitik. Seine Linie ist klar. Die Sozialpolitik ist ihm eines der Mittel, einer der Wege, allmählich dem sozialistischen Ziel näher zu kommen.

Die „starren“ Löhne.

Nun kennen allerdings die Unternehmer diesen Gegensatz schon lange. Es müssen also heute Umstände eingetreten sein, aus denen sich die ungewöhnliche Heftigkeit des Aufeinanderprallens von sozialistischer und bürgerlicher Sozialpolitik ergibt. Diese Umstände sind zu erblicken in dem starken Rückhalt, den die gesamte Sozialversicherung in der Nachstabilisierungsperiode der gewerkschaftlichen Wirtschaftspolitik gegeben hat.

Während früher die Gewerkschaften in Krisenzeiten, in Zeiten großer Arbeitslosigkeit gezwungen waren, in Lohnfragen so manche handbreite erkämpften Bodens wieder aufzugeben, haben sie es in den letzten Jahren vermocht, den durchschnittlichen Stundenlohn 1928 um 8 Prozent, 1929 um weitere 5 Prozent zu steigern und in diesem Jahre weitgehend zu halten. Ohne den Rückhalt der Sozialversicherung, ohne Krühenunterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen wäre das

kaum möglich gewesen. Hinzukommen noch zwei Dinge, die ihnen indirekt halfen: das Schlichtungswesen und die Ausbreitung der Tätigkeit der öffentlichen Hand. Das Schlichtungswesen ist allerdings eine zweischneidige wirtschaftliche Waffe, wofür der Dönhäuser Schiedspruch der beste Beweis ist. Immerhin darf nicht vergessen werden, daß es den Gewerkschaften gelungen ist, für ihre Auffassung von der Rauffunktion hoher Löhne bei Tarifabschlüssen den Schlichter weitgehend zu gewinnen. Auch die Tätigkeit der öffentlichen Hand ist dazu angetan, den Gewerkschaften, besonders in arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Hinsicht, einen Rückhalt zu geben.

Diese Tatsachen sind den Unternehmern bekannt. Sie bekommen es zu hören, daß der Punkt des „geringsten Widerstandes“, die menschliche Arbeitskraft, ihnen mehr als nur den geringsten Widerstand entgegenzusetzen vermag. Das Schlagwort von den „starren Löhnen“ entstand, die angeblich die ganze Wirtschaft schädigten. Und mit diesem Schlagwort setzten auch die verstärkten Angriffe auf die Kräfte ein, die nach Ansicht der Unternehmer schuld an diesen „starren Löhnen“ seien. Die Angriffe auf Sozialversicherung, Schlichtungswesen und öffentliche Hand stehen daher in innigstem Zusammenhang. Weil man die Macht der Gewerkschaften brechen, weil man die Löhne wieder den Marktgesetzen der freien Konkurrenz so weit als möglich unterstellen möchte, weil man von einer Aufrechterhaltung dieser gewerkschaftlichen Machtposition eine entscheidende Einengung der Wirtschaftsgesetze des kapitalistischen Systems fürchtete. — darum die Versuche, die Sozialversicherung zu unterhöhlen. Hier ist der Kernpunkt der Krise unserer Sozialpolitik. Weil die sozialpolitischen Errungenschaften sich erst heute entscheidend als Einschränkungen kapitalistischer Unternehmertätigkeit bemerkbar machen, darum die Angriffskampagne. Und noch aus einem zweiten Grunde.

Kartellpreise und Lohnentungen.

Jahrelange Kämpfe der Arbeiterschaft haben nicht vermocht, die Kartellpreise zu erschüttern. Die Monopolstellung der Kartelle widerstand bis in die jüngste Zeit allen Bemühungen, das überhöhte Preisniveau, besonders der Kartellpreise, zu senken. Erst die sich ausbreitende Depression und die immer akuter werdende Absatzkrise verhalfen jetzt den Gewerkschaftsforderungen zur Anerkennung. Aber wie erfolgt sie?

Das Unternehmertum ist wohl gezwungen anzuerkennen, daß eine Senkung der Kartellpreise notwendig ist. Es soll aber tunlichst auf Kosten der Arbeiterschaft geschehen. Und es geschieht tatsächlich auf Kosten der Arbeiterschaft! Der Standal der neuen Eisenpreissetzung, wie sie auf Grund des Dönhäuser Schiedspruchs erfolgt und bekannt ist, beweißt es. Mäglich war das durch die Vervielfachung einer Lohnentscheidung mit einer Preisentscheidung. Die These der Unternehmer: erst Lohnentung — dann Preisentung, hat vorerst obsiegt. Diese erste Entscheidung soll natürlich der Anfang für eine Reihe weiterer sein.

Diese Angelegenheit hat aber noch ein zweites Gesicht, das man nicht vergessen darf. Es ist die Tatsache, daß es überhaupt gelungen ist, das Unternehmertum — von dem die Aktion nicht freiwillig erfolgt wäre — unter dem Druck der öffentlichen Meinung und der gewerkschaftlichen Forderungen zu ersten Preisentungen zu zwingen. Zunächst ist es dem Unternehmertum allerdings gelungen, die Wirksamkeit dieses Entschlusses abzuschwächen und seine Kosten der Arbeiterschaft aufzuladen. Wie aber, wenn es den Gewerkschaften gelänge, die Entscheidungen über die Regelung von Löhnen und Preisen zu trennen? Wenn es ihnen gelänge, durch Ueberzeugung staatlicher Stellen von dort aus einen Druck auf das Preisniveau auszuüben, ohne daß die Löhne gesenkt werden?

Diese mögliche Gefahr vermuten, bedeutet für das Unternehmertum schon, daß es alles versuchen muß, ihre Entstehung zu verhindern. Wieder ist es in erster Linie die Sozialversicherung, von der es mit Recht befürchtet, daß sie den Gewerkschaften bei einem derartigen Bemühen im oben gekennzeichneten Sinne Rückhalt gibt. Wieder ist es (umfangreicher gesehen) die deutsche Sozialpolitik überhaupt, die ihm einen Strich durch die Rechnung machen könnte.

Bürgerblut und Sozialpolitik.

Wie eine Erlösung muß es dem deutschen Unternehmertum erscheinen, daß es einen Bürgerblut am Ruder sieht, der Verständnis für seine Nöte hat und tüchtig am Werke ist, die gewerkschaftliche Rückendeckung, Sozialversicherung genannt, zu unterhöhlen. Mit dem Verlangen nach Abbau der Arbeitslosenversicherung und Krankenversicherung befragt die bürgerliche Regierung die Geschäfte des Unternehmertums! Sie kann die Versuche nur rechtfertigen, indem sie diese Einrichtungen miasmatisch, indem sie die Vorwürfe gegen die Mängel dieser Organisationen erweitert zu Beanstandungen unserer ganzen Sozialpolitik.

Unternehmertum und Bürgerblutregierung wissen dabei genau: nicht die Sanierung der Reichsfinanzen ist das Entscheidende, das diesem Abbaubestrebem zugrunde liegt. Entscheidend ist, daß man damit einen Schlag gegen die Machtpositionen der Arbeiterbewegung führen will. Kann man das nicht auf direktem Wege, wie in England durch das Gewerkschaftsgesetz, so versucht man es auf dem Wege über die Sozialversicherung. Mit ihrer Duldung und Unterstützung dieser Bestrebungen desavouiert sich die bürgerliche Sozialpolitik. Sie begibt sich des Anspruchs, Kämpfer für eine vernünftige Ordnung der sozialen Einkommensverhältnisse zu sein, und überläßt es — wie schon oft in kritischen Zeitpunkten — der Arbeiterbewegung allein, gegen die Sozialreaktion anzukämpfen.

Fassen wir zusammen: Die Krise der Sozialpolitik offenbarte sich uns als chronische Krise der bürgerlichen Sozialpolitik. Nunmehr hat sie sich auch erwiesen als Bestandteil der dem kapitalistischen System innewohnenden Krise. Wenn diese Krise der Sozialpolitik gerade während der jetzigen Wirtschaftskrise sich besonders schickhaft äußert, wenn der Sturm der sozialreaktionäre gerade heute so überaus stark ist, so deshalb, weil sich immer deutlicher erweist, daß die Krisen des kapitalistischen Wirtschaftssystems an einem Punkte angelangt sind, an dem sie nicht mehr allein mit kapitalistischen Mitteln zu beseitigen sind! Die wirtschaftsdemokratischen Forderungen der Gewerkschaften drängen sich den Einsichtigen als Mittel für den Ausweg aus Krisen auf. Dieser Ausweg aber führt — zum Sozialismus. Weil das Unternehmertum diese soziologische und wirtschaftspolitische Situation begriffen hat, weil es die über das Tagesgeschehen hinausgehende grundsätzliche Bedeutung der heute zu fallenden Entscheidungen kennt, darum die Konzentrierung all seiner Kräfte auf die Unterminierung der gefährlichen Sozialpolitik. Der Kampf ist kein leichter, zumal die Wirtschaftskrise den Unternehmern Vorteile sichert. Die Gewerkschaften scheuen ihn nicht. Wir sind sicher: es wird ihrer organisatorischen Kraft und der größeren wirtschaftlichen Richtigkeit ihrer Forderungen gelingen, die wirtschaftspolitischen Entscheidungen in ihrem Sinne herbeizuführen.

Kurt Hirsche.

Bergbauindustriearbeiter!

Versichert euch bei der

Volksfürsorge

Gewerkschaftl. Genossenschaftliche Versicherungs-Vs.

Bei dem Massenunglück in Hausdorf zahlten wir an die Hinterbliebenen von sechzig Kameraden die Versicherungssumme von 53000 RM. aus.

Weitere Anträge erteilen die bekannten Vertrauensleute an allen Orten.

Früh-fröhlicher Zollkrieg?

Höhere Preise, steigende Arbeitslosigkeit.

Zölle nützen dem Bauern nicht, wenigstens stehen sie hinter anderen Mitteln zur Behebung der landwirtschaftlichen Notlage zurück. Freie Gewerkschaften und die Sozialdemokratie haben dies oft genug zum Ausdruck gebracht und auch praktisch die Konsequenz daraus gezogen. Im Jahre 1929 gelang es der Sozialdemokratie im Reichstag, in die Zollgesetze Konsumentenschutz einzubauen. Es wurde bestimmt, daß der Zoll herabgesetzt oder aufgehoben werden müsse, wenn die betreffenden Waren einen bestimmten Preis erreichten. Unter dem Kabinett Brüning-Schiele sind eine Menge von Zöllen unsinnig erhöht, Richtpreise in Durchschnittspreise verwandelt und der Regierung, d. h. dem Landbundführer Schiele, unter Ausschaltung des Reichstags weitgehende Ermächtigungen erteilt worden. Allein der neue Eierzoll würde, wenn er durchgeführt wäre, eine Belastung von 140 Millionen Mark im Jahr bedeuten!

Die Durchführung der Zollerhöhungen auf manche landwirtschaftliche Produkte ist aber nicht so einfach. Es bestehen Handelsverträge, die für diese Waren niedrigere Zölle festgelegt haben. Andere Handelsverträge enthalten die Meistbegünstigungsklausel, d. h. diesen Ländern gegenüber gelten dieselben niedrigen Zollsätze, die in irgendeinem anderen Handelsvertrag festgelegt sind.

So stößt die Durchführung der Schiele-Zölle auf Schwierigkeiten, weil z. B. im Handelsvertrag mit Finnland niedrige Zollsätze für Agrarprodukte festgelegt sind, die nun infolge der Meistbegünstigung auch für Holland gelten. Nun sind die Schiele-Politiker auf eine famose Idee gekommen. Sie haben private Verhandlungen mit Finnland aufgenommen, damit eine deutsche private Auffangorganisation von Finnland entsprechende Mengen von Agrarprodukten zu angemessenen Preisen aufnimmt. Wird das Geschäft perfekt, so könnte man den finnischen Handelsvertrag kündigen und damit die niedrigen Zölle auch für andere Länder be-

seitigen. Die deutsche Regierung steht diesen Machenschaften offensichtlich nicht fern!

Als in diesem Frühjahr die Schiele-Zölle verrückt erhöht wurden, protestierten 16 Staaten unter Hinweis auf die Gefährdung der Handelsbeziehungen. Jetzt hat in Holland eine umfangreiche Boykottbewegung gegen deutsche Waren eingesetzt! Organisationen werden aufgejogen, damit nicht mehr deutsche Maschinen und andere Waren gekauft werden!

Deutschland verkaufte im Jahre 1929 für 654 Millionen Mark Waren mehr nach Holland, als es Waren von Holland bezog!

Hat die Boykottbewegung, die von rheinischen Landwirtschaftsorganisationen bereits mit Boykottaufrufen gegen holländische Waren beantwortet wird, Erfolg, so kann das enorme Rückgang unserer Ausfuhr nach Holland, Vergrößerung der deutschen Arbeitslosigkeit bedeuten!

Man sieht, wie gefährlich es für das deutsche Volk ist, daß die Sozialdemokraten aus der Regierung gedrängt wurden und daß Brüning in die Abhängigkeit von Schiele geriet.

Die christlichen Gewerkschaften haben sich für das Brüning-Kabinett entschieden und führen in diesem Sinne den Kampf gegen freie Gewerkschaften und Sozialdemokraten. Dabei kommt es gar nicht darauf an, daß die christlichen Gewerkschaften sozialen Fortschritt wollen. Freie und christliche Gewerkschaften hätten sich in 90 Prozent der schwebenden Fragen politischer und wirtschaftlicher Art miteinander verständigen können, mit dem Bürgerblock unter Einfluß, unter Abhängigkeit von Agrariern und Wirtschaftsparteilern ist eine Einigung unsererseits nicht möglich. Gegen diese Politik, die volksverderbend ist, gibt es nur Kampf und am 14. September die

Wahl von Sozialdemokraten!

Zum Unglück von Hausdorf

erhielt unser Verband noch folgende Beileidskundgebungen aus der Bergarbeiterinternationale:

Liebe Kameraden! Beigefügt übersende ich Euch den Beileidsbrief des Kameraden Richards anlässlich der schweren Grubenkatastrophe. Ich schließe mich seinen Worten an und spreche Euch ebenfalls mein Beileid und Mitgefühl aus.

Mit brüderlichen Grüßen!

Der Internationale Sekretär: M. Delattre.

* *

Lieber Kamerad Delattre! Sie haben vor kurzem anlässlich der schweren Grubenkatastrophe in Schlesien ein Beileidschreiben unseres Verbandes erhalten. Trotzdem möchte ich Ihnen und unserer deutschen Bergarbeiterorganisation noch persönlich mein tiefstes und aufrichtiges Mitgefühl aussprechen. Da ich selbst in den Gruben von Südwales gearbeitet habe und jetzt schon viele Jahre Vertreter der Bergarbeiter bin, kenne ich die furchtbare Wirkung, die das Arbeiten unter ständiger Lebensgefahr auf den Menschen hat. Furchtbar ist der Gedanke, daß heute, wo Wissenschaft und Technik so große Fortschritte gemacht haben, noch kein Mittel gefunden ist, um diese furchtbaren Unglücksfälle zu verhüten. Ich bitte Sie, allen beteiligten Freunden mein Beileid zu übermitteln.

Thomas Richards.

Ruhrgebiet.

Kündigungen, Feierschichten und Vollehen.

Wie auf den anderen Schachtanlagen im Ruhrgebiet, so leidet auch die Belegschaft der Zeche Präsident (Bochum) unter der wirtschaftlichen Krise. In jedem 1. und 15. des Monats werden nun schon mehrere Monate lang immer 49 Mann der Belegschaft durch Anschlag gekündigt. So mancher Bergarbeiter wird hierdurch der Arbeitslosigkeit und damit der Not übergeben. Für viele besteht nicht mehr die Möglichkeit, daß sie jemals wieder in Arbeit treten können. Besonders die älteren Bergarbeiter, welche erst ein paar Jahre in der Reichstnappschicht als Mitglieder eingeschrieben sind, sind übel dran, denn Rente können sie auf Grund ihrer kurzen Mitgliedsdauer nicht bekommen, es sei denn, sie würden invalide wegen Berufsunfähigkeit. Doch ist diese Invalidenrente so gering, daß sie nicht davon leben können, und so werden sie dann nach dem Bezug der Arbeitslosenunterstützung Wohlfahrtsempfänger. Mit den Kündigungen allein ist es nicht getan, es werden auch noch Feierschichten eingelegt, allein im Juli waren es sechs. Diejenigen, die arbeitslos sind, haben nichts, und denen, die noch im Betrieb sind, wird durch die Feierschichten der Lohn so geschmälert, daß er nicht mehr ausreicht, um die nötigsten Lebensbedürfnisse bestreiten zu können. Nun treffen die Feierschichten nicht die Gesamtheit der Belegschaft, denn jedesmal, wenn wegen Mangels an Absatz durch die Verwaltung eine Feierschicht eingelegt wird, werden immer Kohlenhauer bestellt, welche dann volllehen müssen, das heißt sämtliche leere Grubenwagen werden zusammengeholt und voll Kohlen gemacht. Es werden zum Vollehen nur die produktiven Arbeiter bestellt. Alles, was nicht produktiv tätig ist, wie Reparaturarbeiter, Schlepper, Gesteinsbauer und Arbeiter im Orisbetrieb, wird nicht zur Anfahr bestellt. Auch werden in erster Linie nur die Arbeiter der Kohlenstreben bestellt, welche in der Kohle liegen und mit keinem Stapel oder sonstiger Förderung was zu tun haben. Hier heißt es dann, billige Kohlen ohne jede verteuerte Nebenarbeit zu liefern. In der Belegschaft ist durch dieses Verhalten der Verwaltung eine große Erregung entstanden. Die Belegschaftsmitglieder sind der Meinung, daß durch dieses Vollehen die Feierschichten nur gesteigert werden. Sie glauben nicht an den Absatzmangel, sondern sehen hierin nur einen Bluff, um die Profiteure der Unternehmer zu steigern. Immer und immer wieder ist der Arbeiter der leidtragende Teil. In Belegschaftsversammlungen ist zu diesen Machenschaften der Verwaltung der Zeche Präsident schon Stellung genommen worden. Es ist ein Telegramm zum Reichsarbeitsministerium abgesandt worden, doch geholfen hat es nicht. Die Verwaltung der Zeche stört sich an dieses alles nicht, die Hauptsache ist Profit und nochmals Profit.

Viel Schuld an diesen Zuständen trägt die Verpflüchtung, wie sie unter der Belegschaft vorhanden

ist. Ein großer Teil ist nicht organisiert; er glaubt, ohne Organisation auskommen zu können, es fehlt ihm das nötige Solidaritätsgefühl, sonst würde mit dem Volkseigen an den Feierschichten bald Schluss sein. Eine gut organisierte Belegschaft würde sich dieses Vorgehen der Verwaltung nicht bieten lassen. Darum, Kameraden von Präsident, organisiert euch in dem Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands und übt Solidarität nach dem Grundsatz: Einer für alle und alle für einen! Weiter ist es nötig, daß ihr am 14. September nur die Partei wählt, welche immer wieder für die notleidende Arbeiterschaft eingetreten ist; dies ist die Sozialdemokratische Partei, denn nur durch eine sozialdemokratische Mehrheit im Parlament ist es möglich, daß mit dem kapitalistischen System gebrochen wird, welches die Arbeiterschaft der Not und dem Hunger preisgibt, während für die Unternehmer trotz Wirtschaftskrise die Profiteure steigt.

Mitteldeutschland.

Treuebekenntnis der Funktionäre unseres Verbandes zur SPD.

Die in Klettwitz abgehaltene Konferenz der Geschäftsstellen Lausitz-Mitte II und Lausitz-West begann mit einer ernsten Gedächtnisfeier für die auf dem Felde der Arbeit gefallenen Helden im Neuroder Kohlenrevier. Der Geschäftsstellenleiter Kurt Diez (Klettwitz) ließ in packenden, tief erschütternden Gedankengängen die Not und das Leid der Bergleute am geistigen Auge vorüberziehen. Mahnend erhob er seine Stimme, den Bergleuten größeren Schutz vor Gefahren zu gewähren. Er klagte vor der Öffentlichkeit alle Korporationen und Behörden an, die sich dieser grundlegenden Forderung entgegenstellen. In tiefster Trauer gedachte er ehrend der 151 toten Kameraden, von denen 86 in unserem Verband organisiert waren. In tiefster Seele erschüttert, hatten sich die Anwesenden von den Plänen erhoben, um in einer Minute stillen Gedanken den Helden der Arbeit zu geloben, zur Besserung jeder zu seinem Teil beizutragen.

Ueber die Generalversammlung berichtete Kamerad Maranz. In großen Zügen entwarf der Vortragende ein Bild von der großen Tagung der Bergarbeiterchaft in Breslau in den Tagen vom 20. bis 24. Juli d. J. Dem sehr beifällig aufgenommenen Bericht (den wir hier nicht wiederholen wollen, weil wir über die Generalversammlung ausführlich berichteten — Red.) folgte keine Debatte.

Bezirksleiter Briewig rechnet ab!

Kamerad Briewig referierte über die wirtschaftliche Lage und unsere Einstellung zu derselben. Die gewaltige technische Entwicklung der modernen Nachkriegszeit zog an unseren Augen vorüber. Wir wissen, so rief er aus, daß nichts auf der Welt stillsteht, auch im Wirtschaftsleben nicht, daß die neuen Umstellungen sich regulierend auch im Gesamtwirtschaftsleben erkennbar machen und daß trotzdem in der ganzen Welt die Technik Fortschritte gemacht hat und noch macht. Er berichtete, daß in Deutschland 3, in England 2, in Amerika 2 und in Rußland, soweit bekannt, ebenfalls 2 Millionen Arbeiter unfreiwillig aus dem Arbeitsprozeß ausgeschaltet sind, denen daher ein gutes Arbeitslosenversicherungsgesetz ausreichend unter die Arme greifen muß. Die noch im produktiven Arbeitsprozeß stehenden Arbeiter müßten besser bezahlt werden, um so der Gesamtwirtschaft zu helfen, um so mehr, als wir in Deutschland im Zeitalter der modernen Wirtschaft leben. Kein Unternehmer hat heute in seinem Betriebe einen Leerlauf. Für uns aber ist es ein Schritt vorwärts: Gemeinwirtschaft! Demgegenüber versucht das Unternehmertum mit allen Mitteln, die fortschreitende Arbeiterschaft aufzuhalten. Für uns ist es klar, daß bei dem Uebergang von einer Wirtschaft zur anderen, die wiederum im Schoße der Arbeiter liegt, Opfer gefordert werden. Die Arbeiterschaft wird sie bringen, weil sie weiß, daß sie durch die Organisation ihre Größe errungen hat. Die Wirtschaft ist nicht krank, sie wird krank gemacht. Der Außenhandel ist aktiv: wir verkaufen mehr an das Ausland, als wir von ihm kaufen. Trotzdem der Ansturm der Unternehmer auf Lebenshaltung und Sozialpolitik! Aber freie Gewerkschaften und Sozialdemokratie sind hier unüberwindliche Hemmnisse. Die Reichstagswahl vom 14. September wird darüber entscheiden, ob in der deutschen Wirtschaft noch längere Zeit die Diktatur des Unternehmertums herrschen oder ob die Wirtschaft im Sinne des gesamten Volkes weitergeführt werden soll.

Redner läßt dann die Vergangenheit mit ihrer langen Arbeitszeit und den niedrigen Löhnen lebendig werden und fragt: Sollen diese Zustände wieder in Deutschland einkehren? Anlagend weist er auf die Rolle Siegerwalds hin, der sich auch einmal früher „Vertreter der Arbeiter“ nannte. In kurzen Zügen strift er dann den Abbau der sozialen Versicherungen.

Daher ist der 14. September eine Entscheidung über wirtschaftspolitische Fragen. Darum müssen alle unsere Funktionäre und Kameraden am 14. September in einmütiger Geschlossenheit an die Wahlurne treten, um der Sozialdemokratischen Partei, die allein alle Forderungen der Gewerkschaften vertreten hat, ihre Stimme zu geben. Das Volk hat nunmehr sein Schicksal allein in der Hand. Es kann und wird entscheiden, daß die Partei, die der Arbeiterschaft hilft, nur die Sozialdemokratische Partei ist.

In der Diskussion kritisierte Kamerad Puhe die Angriffe auf die Sozialversicherung, deren Ausbau lebenswichtig für die Arbeiter sei. Er forderte die Anwesenden auf, zu ihrem Teil dazu beizutragen, daß zu den drei gewaltigen Säulen, nämlich Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften, noch die vierte, nämlich die Sozialversicherung, hinzutrete, damit auf diesem Fundament die deutsche Arbeiterschaft ein Haus baue, in dem sich alle Werttätigen wohlfühlen.

Nach kurzer Aussprache wurde einstimmig als Extrakt beider Referate folgende Entschliebung angenommen:

„Die am 3. August 1930 in Klettwitz tagende, von 150 Funktionären besuchte Konferenz der Geschäftsstellen Lausitz-Mitte II (Diez) und Lausitz-West (Vehmann) des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands kennt den Ernst der Lage und verspricht, durch verstärkte Geschlossenheit und erhöhte Aufklärung zum Eintritt in die freigewerkschaftliche Organisation den Angriff eines rücksichtslosen Unternehmertums und seiner Mistläufer auf die sozialen Errungenschaften und wirtschaftliche Demokratie abzuwehren. Sie fordert daher alle Arbeiter und ihre Angehörigen auf, am 14. September nur der großen, einzigen Arbeiterpartei Deutschlands, der Sozialdemokratie, ihre Stimme zu geben, denn nur dadurch wird der Einfluß der Arbeit im Wirtschaftsprozess gesichert und ausgebaut und die Einführung der Diktatur des Kapitalismus abge schlagen. Seid einig, dann ist der Sieg unser!“

Kamerad Diez besprach die notwendige Agitation in zündenden Worten. Ergänzend trat ihm dann der Jugendleiter seines Bezirks, Kamerad Erwald Atlas, zur Seite, der ausführte, wie man der Jugend näherkommen kann.

In der weiteren Aussprache wurde aber erkennbar, daß im Bergbau leider unter den freigewerkschaftlichen Organisationen eine große Zersplitterung herrscht. Es wurde die Forderung laut, daß beim ADGB verlangt werden soll, daß alles, was im Bergbau beschäftigt ist, in den Bergbauindustriearbeiterverband gehört. Nur dadurch werden wir dem Ziele näherkommen.

Zusammenfassend gab dann Kamerad Diez einen Rückblick auf die Agitation und bat alle Kameraden, das Gehörte nicht bei sich zu behalten, sondern hinauszutragen in die Betriebe und Familien. Wieder einmal ist in großer Stunde das Schwerste in die Hand des Volkes gegeben. Wir wollen helfen, daß das Volk am Tage der Reichstagswahl befreit, daß es aufwärts will und nicht wieder sinken will zum Heloten und Liebediener des rücksichtslosen Unternehmertums.

Saargebiet.

Schlagwetter! Zwei Tote, sechzehn Verletzte.

Am 6. August, zwischen 6,30 und 6,45 Uhr morgens, ereignete sich in einem Abteufflöz der Grube Clarental eine Schlagwetterexplosion, durch welche die Belegschaft des Flözes und einige Nachreißer, insgesamt 18 Personen, verletzt wurden. Die Verletzten wurden zum Krankenhaus nach Böllingen gebracht. Die Bergbehörden haben die ganze in Frage kommende Abteilung befahren. Die Unfalluntersuchung ist im Gange. Zwei von den Verletzten sind gestorben.

Ueber das Ergebnis der Untersuchung ist bis zum Redaktionsschluß noch nichts bekannt geworden.

Bergarbeiterstreik bei den Verhandlungen über die Rückgliederung des Saargebiets.

Auf der Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter äußerte sich Ministerialdirektor Dr. Grieser vom Reichsarbeitsministerium zu den Verhandlungen über die Rückgliederung der Saargruben. Ein wichtiger Abschnitt in diesen Verhandlungen bilde, so führte der Redner aus, die Geltung des deutschen Arbeitsrechts. Die deutschen Unterhändler seien dafür eingetreten, daß auch zwei saar-lothringische Grenzgruben, die von lothringischen Bergwerksbesitzern betrieben werden, nach ihrer Rückgliederung wieder mit dem deutschen Arbeitsrecht ausgestattet würden. Deutschland habe verlangt, daß bei Rückgliederung des Grubengebiets bis zur deutschen Grenze deutsches Arbeitsrecht, Arbeiterschutz, Versicherungs- und Arbeitsverfassungsrecht wieder zur Anerkennung kämen. In den Verhandlungen sei zugesagt worden, daß in diesen Gruben die Saarbergarbeiterchaft die Stammbeflegschaft bilden solle. Verlangt und zugesagt wurden in den Verhandlungen für diese Gruben der Einstellungszwang zugunsten der Saarbergleute. Man hoffe, in kurzer Zeit mit Frankreich zu einem Gegenseitigkeitsvertrag zu kommen, der vor allem den Zweck habe, die Versicherungsrechte der sogenannten Lothringengänger zu schützen. Er glaube, daß dieser Vertrag schon in einigen Monaten zum Abschluß gebracht werden könne.

Bezirkskonferenz Neunkirchen.

Die Zahlstellen des Geschäftsstellenbezirks Neunkirchen hielten am 3. August eine gut besuchte Konferenz ab. Der Geschäftsstellenleiter Petri referierte über die Lage im Bergbau und über Organisationsfragen, Kamerad Deller über die Finanzwirtschaft des Verbandes. Die mit Beifall aufgenommenen Referate lösten eine Debatte aus, an der sich zwölf Delegierte beteiligten. Dieselbe war sehr sachlich und zeigte die tiefe Denkweise, welche sich bei überzeugten Gewerkschaftlern herausgebildet hat. Gewisse Unebenheiten wurden einer entsprechenden Kritik unterzogen und Verbesserungen darin verlangt. Einmütigkeit bestand bei allen Delegierten in der Beitragsfrage, daß es erreicht werden müsse, den satzungsgemäßen Beitrag in allen Zahlstellen durchzuführen, um die Aktivität und finanzielle Schlagkraft des Verbandes zu sichern. Auch die derzeitigen Verhältnisse im Saargebiet, Krisen und Löhne sowie die starken Belastungen der Arbeitnehmerschaft wurden von einzelnen Delegierten treffend gekennzeichnet. Durch Feierschichten, immer höhere Brotpreise, steigende Strom-, Gas-

